

BR/GT I/34 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 20. März 1970
BR/GT I/34/70 Korr. 1 (d)

- Sekretariat -

Betrifft nur den deutschen Text

KORRIGENDUM

zur Studie über die Grundlagen der Finanzplanung für ein Euro-
päisches Patentamt nebst Anlagen

[Dok. BR/GT I/34/70 vom 3. Februar, 24. Februar und 6. März 1970]

I. STUDIE

1. Auf Seite 3 muss die Ueberschrift der Anlage 10 wie folgt lauten:

"Einmalige Erstausrüstung und laufende Ausgaben
eines Europäischen Patentamts bei einem Personal
von 1.320 Personen".

2. Auf Seite 20 muss der letzte Satz des ersten Absatzes wie folgt lauten:

"In Spalte d ist die Gesamtsumme"
(Rest unverändert).

3. Auf Seite 23 muss es im ersten Satz der Ziffer 2 wie folgt lauten:

"Eine erste Schätzung der Kosten für die auf Grund
Artikel 8 (8 a) zu schaffenden besonderen Organe
des " (Rest unverändert).

4. Auf Seite 26 muss es im ersten Satz des zweiten Absatzes wie folgt lauten:

"Was die mit dem Jahr 1 einsetzenden Einnahmen anbelangt, wurde in Spalte 2 angenommen, dass ...:....."
(Rest unverändert).

5. Auf Seite 26 muss der zweite Satz des zweiten Absatzes wie folgt lauten:

"Im ersten Jahr wurden daher an Anmelde- und Benennungsgebühren nur 3.000.000 plus 720.000 = 3.720.000 eingesetzt".

6. Auf Seite 26 muss es im ersten Satz des dritten Absatzes wie folgt lauten:

"In Spalte 3 wurde hinsichtlich " (Rest unverändert).

II. ANLAGEN

7. Auf dem Deckblatt zu den Anlagen 1 bis 10 muss die Ueberschrift der Anlage 10 wie folgt lauten:

"Einmalige Erstausrüstung und laufende Ausgaben eines Europäischen Patentamts bei einem Personal von 1.320 Personen".

8. Auf dem Deckblatt zu den Anlagen 11 bis 22 muss die Ueberschrift lauten:

"Uebersicht über die Anlagen der Kapitel IV bis VII"

9. In der Anlage 13 ist hinter der Ueberschrift der zweiten Spalte in Klammern die Währung hinzuzufügen: (\$).

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 3. Februar 1970
BR/GT I/34d/70

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

S t u d i e

über

Grundlagen der Finanzplanung
für ein Europäisches Patentamt

Kapitel I bis III

Vorbemerkung

Die Regierungskonferenz über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens hat auf ihrer 2. Tagung vom 13. bis 16. Januar 1970 das Mandat der Arbeitsgruppe I im einzelnen festgelegt und diese Arbeitsgruppe dabei auch beauftragt, Grundlagen für die Finanzplanung für ein Europäisches Patentamt zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen der Arbeitsgruppe IV, die mit der Ausarbeitung der finanzrechtlichen Bestimmungen des Übereinkommens und der Finanzplanung beauftragt ist, zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Schätzungen der beim Europäischen Patentamt zu erwartenden Zahl von Patentanmeldungen, des Bedarfs an Prüfern und sonstigem Personal sowie der möglichen Gebühreneinnahmen.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe I hat es übernommen, in einer Studie eine erste Schätzung der für die Finanzplanung bedeutsamen Zahlen zu versuchen. Diese Studie wird der Arbeitsgruppe I hiermit als Diskussionsgrundlage vorgelegt. Die Studie wird den Delegationen der Arbeitsgruppe in zwei Lieferungen zugesandt. Die erste Lieferung umfaßt die Kapitel I bis III.

Auch die frühere EWG-Arbeitsgruppe "Patente" hatte sich bereits mit Vorfragen der Finanzplanung eines Europäischen Patentamts befaßt und einen Bericht vom 24. Oktober 1963 "Voraussichtlicher Personalbedarf eines Europäischen Patentamts" (Dokument Nr. 10687/IV/63) erstellt. Dieser Bericht, der den Delegationen zusammen mit der vorliegenden Studie zur Verfügung gestellt wird, beschäftigt sich mit dem voraussichtlichen Arbeitsanfall und dem voraussichtlichen Personalbedarf beim Europäischen Patentamt. Die Kapitel I und II dieser Studie stützen sich teilweise auf diesen Bericht; er wird als "Bericht von 1963" zitiert.

Vorläufige Gliederung der Studie

- I. Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt
 1. Voraussichtlicher Eingang von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt
 2. Voraussichtliche Zahl der Erledigungen pro Prüfer im Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents
- II. Der voraussichtliche Personalbedarf des Europäischen Patentamts
- III. Die voraussichtlichen Ausgaben des Europäischen Patentamts
 1. Die Personalausgaben
 2. Die Sachausgaben
- IV. Die voraussichtlichen unmittelbaren Einnahmen des Europäischen Patentamts
 1. Die Verfahrensgebühren
 2. Die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung
- V. Die voraussichtlichen mittelbaren Einnahmen, die dem Europäischen Patentamt unter Anrechnung auf die Mitgliedsbeiträge der Staaten zufließen könnten
 1. Die Gebühren für die Benennung der Mitgliedstaaten in der Patentanmeldung
 2. Die Jahresgebühren für das Gemeinschaftspatent der EWG-Staaten
 3. Der von den Patentämtern der nicht der EWG angehörenden Mitgliedstaaten etwa abzuführende Anteil der eingenommenen Jahresgebühren

- VI. Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts
- VII. Das Kostendeckungsprinzip und der etwaige Ausgleich des Haushalts durch Beiträge der Mitgliedstaaten
- VIII. Probleme eines stufenweisen Aufbaus des Europäischen Patentamts
- IX. Die Finanzierung des Europäischen Patentamts vor Erreichung des Haushaltsausgleichs

Übersicht über die Anlagen der Kapitel I bis III

- Anlage 1: Auszug aus den BIRPI-Statistiken für das Jahr 1968
- Anlage 2: Errechnung des Bedarfs an Prüfern
- Anlage 3: Zahl und Zusammensetzung des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts bei einem Bedarf von 390 Prüfern
- Anlage 4: Verhältnis der Laufbahngruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 5: Aufgliederung der Bediensteten des Europäischen Patentamts auf die einzelnen Besoldungsgruppen
- Anlage 6: Verhältnis der Besoldungsgruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 7: Währungsparitäten
- Anlage 8: Übersicht über die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 9: Berechnung der Bezüge der Bediensteten des Europäischen Patentamts
- Anlage 10: Einmalige Erstausrüstung der laufenden Ausgaben eines Europäischen Patentamts bei einem Personal von 1320 Personen

I. Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt

Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt hängt einmal von der Zahl der bei diesem Amt eingehenden Patentanmeldungen ab und zum anderen von der Gestaltung des Patenterteilungsverfahrens. Durch das Patenterteilungsverfahren wird die Art und die Zahl der Arbeitsvorgänge (Prüfung auf offensichtliche Mängel; Prüfung auf Neuheit; Einspruch; Beschwerde) bestimmt und dadurch die Zahl der Erledigungen pro Prüfer beeinflußt. In diesem Kapitel soll zunächst versucht werden, die voraussichtliche Zahl der beim Europäischen Patentamt eingehenden Patentanmeldungen und sodann die voraussichtliche Zahl der Erledigungen pro Prüfer zu schätzen.

1. Voraussichtlicher Eingang von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt

Als Grundlage für eine Schätzung der Anmeldungszahl wurden die statistischen Angaben der Patentämter herangezogen, die von den Vereinigten Internationalen Büros zum Schutze des geistigen Eigentums in "Industrial Property/La Propriété industrielle" veröffentlicht werden. Die letzte Veröffentlichung (Anlage zum Dezember-Heft 1969) enthält die Anmeldungszahlen für das Jahr 1968. Ein Auszug aus dieser Statistik ist in Anlage 1 beigelegt.

Im Bericht von 1963 (Seite 3 ff.) legte die damalige Arbeitsgruppe ihren Schätzungen eine sogenannte "Zwei-Staaten-Theorie" zugrunde. Nach dieser Theorie wurde angenommen, daß ein Anmelder dann eine Anmeldung zu einem EWG-Patent einreichen würde, wenn er gegenwärtig um Schutz in mindestens zwei EWG-Staaten nachsucht. Dabei wurde weiter unterstellt, daß ein Anmelder aus den EWG-Staaten in einem

solchen Falle entweder auf eine Anmeldung in seinem Heimatland verzichtet, da das EWG-Patent sein Heimatland ohnedies mitumfaßt, oder im Falle der Zulassung eines Doppelschutzes durch EWG-Patent und nationales Patent außer der europäischen Anmeldung noch zusätzlich eine nationale Anmeldung in seinem Heimatland bewirkt. Bei dieser Unterstellung entsprach die jeweils höchste Zahl von Patentanmeldungen, die aus einem der EWG-Staaten in den anderen EWG-Staaten eingereicht worden ist, der Zahl der Erfindungen, für die der Anmelder wenigstens zwei nationale Patente in den EWG-Staaten beantragt hat. Bei der Anwendung dieser "Zwei-Staaten-Theorie" auf Anmelder aus nicht zur EWG gehörenden Staaten führte diese Theorie dazu, daß aus der Statistik statt der höchsten die zweithöchste Zahl zu nehmen war, da das Ursprungsland (etwa die USA) nicht als Staat im Sinne der "Zwei-Staaten-Theorie" zählt.

Die damalige Arbeitsgruppe hatte die "Zwei-Staaten-Theorie" als eine Mittellösung zwischen zwei Extremen gewählt (siehe Bericht von 1963, Seite 3 unten). Das eine Extrem wäre die Annahme gewesen, daß jede nationale Patentanmeldung, die gegenwärtig in einem Mitgliedstaat angemeldet wird, in Zukunft als europäische Patentanmeldung bewirkt würde; das andere Extrem die Annahme, daß nur diejenigen Erfindungen zu einer europäischen Anmeldung führen, für die gegenwärtig in allen Mitgliedstaaten eine nationale Anmeldung eingereicht wird.

Da für das Abkommen über die Einführung eines europäischen Patenterteilungsverfahrens mit 17 oder mehr Mitgliedstaaten zu rechnen ist, dürfte die "Zwei-Staaten-Theorie" keine realistische Grundlage mehr bieten. Es dürfte zweckmäßig sein, auf eine "Drei-Staaten-Theorie" überzugehen. Das bedeutet, daß eine Ursprungsanmeldung aus dem Bereich der künftigen Mitgliedstaaten - in der Studie wird der Einfach-

heit halber unterstellt, daß alle Staaten, die zur Zeit an der Konferenz teilnehmen, später Mitglieder des Abkommens werden - dann als eine mutmaßliche europäische Patentanmeldung gewertet werden darf, wenn sie außer im Ursprungsland noch in zwei weiteren Mitgliedstaaten des Abkommens angemeldet wird. Bei einer Anmeldung, die außerhalb des Bereichs der Mitgliedstaaten des Abkommens ihren Ursprung hat, trifft diese Theorie erst dann zu, wenn die Anmeldung in drei Mitgliedstaaten des Abkommens angemeldet wird.

Die entsprechenden Zahlen wären der Statistik in Anlage 1 den Spalten "Zweithöchste" und "Dritthöchste" Zahl zu entnehmen. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß nicht alle diese Zahlen - wie es der Theorie entspräche - identische Anmeldungen darstellen. Die Zahlen für identische Anmeldungen dürften etwas niedriger liegen.

Bei diesen Überlegungen ist der Umstand außer acht gelassen worden, daß für den Bereich der EWG die Schaffung eines einheitlichen Patents vorgesehen ist, also der Anmelder die EWG-Staaten nur gemeinsam wählen kann. Dieser Umstand wird sich auf das Anmelderverhalten auswirken. Es wurde aber davon abgesehen, hierauf Rücksicht zu nehmen, da dies zu einer erheblichen Komplizierung der Schätzungen geführt hätte. Das Endergebnis der Schätzungen dürfte dadurch nur wenig beeinträchtigt werden.

Ausgehend von den in der Anlage 1 enthaltenen Zahlen für das Jahr 1968 sind daher beim Europäischen Patentamt an europäischen Patentanmeldungen zu erwarten:

aus Mitgliedstaaten	20 617
aus Drittstaaten	<u>15 354</u>
insgesamt	35 971

Da die Schätzungen auf Zahlenmaterial aus dem Jahre 1968 beruhen, das Europäische Patentamt aber erst in den 70er Jahren eröffnet werden wird, sollte zu diesen Zahlen ein prozentualer Zuschlag gemacht werden, obwohl die aus der Statistik entnommenen Zahlen infolge der nur teilweisen Identität der Anmeldungen an sich schon etwas höher liegen als es der angenommenen "Drei-Staaten-Theorie" entspricht. Der prozentuale Zuschlag ist, ebenso wie es die damalige Arbeitsgruppe in dem Bericht von 1963 (Seite 7) getan hat, mit 10 % angenommen worden. Dies führt zu einer Zahl von 39 568, die auf volle 40 000 aufgerundet worden ist.

Die Studie kommt daher zu dem Ergebnis, daß ein in den 70er Jahren auf allen Gebieten der Technik eröffnetes Europäisches Patentamt mit einer Zahl von rund

40 000 Patentanmeldungen pro Jahr

zu rechnen hat.

2. Voraussichtliche Zahl der Erledigungen pro Prüfer im Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents

Die beim Europäischen Patentamt zu erwartenden 40 000 Patentanmeldungen werden die aus dem Patenterteilungsverfahren bekannten Arbeitsvorgänge (Offensichtlichkeitsprüfung; Neuheitsprüfung und Einspruchsprüfung) auslösen, die von den Prüfern des Europäischen Patentamts zu erledigen sind. In der Anlage 2 wird versucht, zu errechnen, wieviel Prüfer zur Erledigung von 100 Anmeldungen benötigt werden. Dabei werden die Ergebnisse des Berichts von 1963 ("Prüferbedarf auf Grund des Vorentwurfs von 1962") einer Neuberechnung ("Prüferbedarf auf Grund des Vorentwurfs von 1970") gegenübergestellt. Bei der Neuberechnung ist ein Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jah-

ren einem solchen mit einer Antragsfrist von 2 Jahren gegenübergestellt. Die für die Bearbeitung der Beschwerden nach Artikel 108 (105) des Vorentwurfs notwendige Arbeitszeit wurde in der Berechnung nicht berücksichtigt. Die Beschwerden werden nicht von den Prüfern, sondern von den Mitgliedern der Beschwerdekammern bearbeitet. Die Zahl der notwendigen Beschwerdekammern ist daher gesondert zu schätzen.

Im Bericht von 1963 hat die damalige Arbeitsgruppe die Zahl der für die Erledigung von 30 000 Patentanmeldungen notwendigen Prüfer mit 281 geschätzt. In der Anlage 2 zu dieser Studie wird in der ersten Spalte unter Beibehaltung der damals angenommenen Verhältniszahlen und Arbeitszeiten (siehe Bericht von 1963, insbesondere Seiten 13, 17 und 18) die gleiche Berechnung für 40 000 Patentanmeldungen angestellt; sie führt zu einem Prüferbedarf von 375 Prüfern.

Ausgehend von den damals angenommenen Verhältniszahlen und Arbeitszeiten wird in der zweiten und dritten Spalte die Berechnung der zur Erledigung von 40 000 Patentanmeldungen notwendigen Zahl von Prüfern unter Zugrundelegung des neuen Prüfungsverfahrens mit Patenterteilung vor dem Einspruchsverfahren versucht. Dabei wird in der zweiten Spalte ein Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jahren und in der dritten Spalte ein Verfahren mit einer Antragsfrist von 2 Jahren berechnet.

Der erste wesentliche Unterschied zwischen der zweiten und dritten Spalte, also zwischen einem Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit 7-jähriger und einem solchen mit 2-jähriger Antragsfrist, besteht darin, daß bei 7-jähriger Antragsfrist ein Ausfall an Patentanmeldungen, für die ein Prüfungsantrag nicht gestellt wird, von 35 % von 80 = 28 Anmeldungen angenommen wurde, während dieser Ausfall bei 2-jähriger Antragsfrist nur 6 % von 80 = 5 Anmeldungen be-

trägt. Diese Ausfallquote von 35 % von 80 Anmeldungen wurde im Bericht von 1963 (Seite 12) auf Grund einer Lebensdauerstatistik (Anlage I zum Bericht von 1963, Seite 26) angenommen. Die gleichen Überlegungen führen unter Zugrundelegung der damaligen Lebensdauerstatistik bei nur 2-jähriger Antragsfrist zu einer Ausfallquote von höchstens 6 % von 80, also von nur 5 Anmeldungen. In der Differenz von 100 zu 80 sind nämlich bereits diejenigen Fälle berücksichtigt, in denen die Patentanmeldungen auf Grund eines ungünstigen Berichts über den Stand der Technik zurückgenommen werden. Im Bericht von 1963 (Seite 10) wurde angenommen, daß auf 100 eingehende Anmeldungen 5 im Verlauf der Offensichtlichkeitsprüfung und 15 aus dem genannten Grunde entfallen. Da der Anmelder bei einer 2-jährigen Antragsfrist den Bericht über den Stand der Technik nur kurze Zeit vor Ablauf dieser Frist erhält, dürften nicht wesentlich mehr als diese 15 Anmeldungen ausscheiden. Man könnte hier bestenfalls an solche Fälle denken, in denen der Anmelder trotz eines günstigen Berichts über den Stand der Technik in der Zwischenzeit aus wirtschaftlichen Überlegungen das Interesse an seiner Anmeldung verloren hat. Es dürfte allerdings in Zweifel gezogen werden können, ob eine Antragsfrist von 2 Jahren - gerechnet vom Tage der Anmeldung - ausreicht, um diesen Effekt zu erzielen.

Diese Überlegungen führen zu der Annahme, daß bei 7-jähriger Antragsfrist 52 Patentanmeldungen zur Stellung eines Prüfungsantrags führen, während es bei 2-jähriger Antragsfrist 75 Patentanmeldungen sind.

Eine weitere Schwierigkeit besteht nun darin, die Zahl der Einspruchsverfahren zu schätzen. Hierbei könnten einmal die Erfahrungswerte des Deutschen Patentamts herangezogen werden, über die in der "Studie zur Frage der erneuten Veröffentlichung nach Prüfung" vom 18. November 1969, BR/GT

I/22/69, Seite 2, berichtet wurde. Zum anderen wäre aber auch zu berücksichtigen, daß im Bericht von 1963 (Seite 13) bei einer aufgeschobenen Prüfung mit etwa 7-jähriger Antragsfrist die Zahl der endgültig erteilten Patente auf 35 geschätzt wurde. Die damalige Arbeitsgruppe hat dabei Erfahrungswerte der früheren niederländischen und deutschen Sofortprüfung auch für ein Verfahren der aufgeschobenen Prüfung gelten lassen. Dem lag die Überlegung zugrunde, daß beim Europäischen Patentamt die Erteilungsquote wegen besserer Qualität der Anmeldungen höher liegen dürfte als bei nationalen Patentämtern. Die Zahl 35 soll daher als Endergebnis beibehalten werden, zumal auch von nationalen Patentämtern noch keine Erfahrungswerte über die Erteilungsquote bei aufgeschobener Prüfung vorliegen. Die in der Zahlenreihe (100-80-52...35) noch vorhandene Lücke wäre dann mit etwa 40 Patenterteilungen zu schließen und die Zahl der Einspruchsverfahren mit etwa 10 anzusetzen.

Überträgt man dieses Ergebnis im entsprechenden Verhältnis auf das Verfahren mit 2-jähriger Antragsfrist, so kommt man zu einer Zahlenreihe von 100-80-75-58-51 bei 14 Einspruchsverfahren. Die Differenz im Endergebnis der endgültig erteilten Patente von 35 zu 51 dürfte berechtigt sein, da ein Prüfungsverfahren mit 2-jähriger Antragsfrist - das Fehlen von Rückständen vorausgesetzt - mit der Bearbeitung eines Anmeldungsjahrgangs früher fertig ist als ein Verfahren mit 7-jähriger Antragsfrist. Von den 51 Patenten, die das Endergebnis eines Verfahrens mit 2-jähriger Antragsfrist darstellen, dürften bis zum Ablauf des 7. Jahres so viele Patente erloschen sein, daß sich die Zahl der verbleibenden Patente der Zahl 35 annähert.

Nachdem sich so die Zahl der Arbeitsvorfälle (Offensichtlichkeitsprüfungen, Neuheitsprüfungen und Einspruchsprüfungen) errechnen ließ, war nunmehr noch eine Schätzung der pro Arbeitsvorfall notwendigen Arbeitszeit erforderlich.

Die früher für die Offensichtlichkeitsprüfung angesetzte Arbeitszeit von 0,5 Prüferarbeitstagen wurde zunächst beibehalten. Diese Zahl erscheint allerdings im Hinblick auf zwischenzeitliche Erfahrungen des Deutschen Patentamts zu hoch angesetzt. Falls die Erfahrungen in den Niederlanden dies bestätigen, könnte dieser Arbeitszeitwert verringert werden.

Die früher für die Neuheitsprüfung angenommene Arbeitszeit von drei Prüferarbeitstagen (davon 2,3 des 1. und 0,7 des 2. Berichterstatters) wurde auf 2,3 Prüferarbeitstage gekürzt. Diese Kürzung erscheint gerechtfertigt, da einerseits im Verfahren vor Patenterteilung Dritte nicht mehr beteiligt sind und andererseits gemäß Artikel 55 (56) Absatz 2 Satz 2 des Übereinkommens mit der Bearbeitung der Anmeldung vor Erlaß von Endentscheidungen in der Regel nur ein Prüfer der Prüfungsabteilung beauftragt wird. Daher wurde angenommen, daß der 1. Berichterstatter wegen des Fehlens von Dritten statt 2,3 Tage nur 1,8 Tage und der weniger beanspruchte 2. Berichterstatter im Durchschnitt der Fälle statt 0,7 Tage nur noch 0,5 Tage pro Anmeldung benötigt.

Diese Annahmen führen zu dem Ergebnis, daß zur Erledigung von 40 000 Patentanmeldungen bei 7-jähriger Antragsfrist 359 und bei 2-jähriger Antragsfrist 481 Prüfer benötigt werden.

Dieses Ergebnis sollte, ähnlich wie es im Bericht von 1963 (Seite 18) mit Rücksicht auf Arbeitszeitunterbrechungen und die Ausbildung neuer Prüfer geschehen ist, etwas erhöht werden. Die damalige Arbeitsgruppe hat ihr Ergebnis um nahezu 7 % aufgerundet. Eine entsprechende Aufrundung würde für das Verfahren mit 7-jähriger Antragsfrist zu etwa 390 Prüfern und für das Verfahren mit 2-jähriger Antragsfrist zu etwa 518 Prüfern führen. Der Unterschied beider Verfahren würde etwa 128 Prüfer ausmachen.

Den nachfolgenden Berechnungen wird ein Prüferbedarf von

390 Prüfern

zugrunde gelegt.

II. Der voraussichtliche Personalbedarf des Europäischen Patent- amts

Ausgehend von einem Bedarf von 390 Prüfern ist in der Anlage 3 die Zahl und die Zusammensetzung des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts errechnet. Dabei wurde das weitere Personal in Anlehnung an Anlage II des Berichts von 1963 (Seite 27 ff.) unter Anwendung bestimmter Schlüssel und Erfahrungswerte auf der Basis von 390 Prüfern geschätzt. Die notwendigen Erläuterungen können der Anlage 3 selbst entnommen werden.

Als Vorbild für die Einteilung der Laufbahngruppen (A, B, C und D) wurde das Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften gewählt. Dies soll keineswegs ausschließen, daß die Arbeitsgruppe III sich bei ihren Arbeiten an andere Vorbilder anlehnt oder auch ein vollständig neues Beamtenstatut entwirft. Auch der Prüferbesoldung des Europäischen Patentamts soll durch die vorläufige Heranziehung des Statuts des Beamten der Europäischen Gemeinschaften nicht vorgegriffen werden. Die Arbeitsgruppe III ist bereits beauftragt, Vergleiche über die derzeitige Besoldung von Prüfern und Rechercheuren in Europa anzustellen und entsprechende Vorschläge für das Europäische Patentamt zu machen. Diese Vorschläge können zu gegebener Zeit von der Arbeitsgruppe IV in die Finanzplanung eingearbeitet werden.

Die Berechnungen in der Anlage 3 führen zu einer Gesamtzahl der erforderlichen Beamten des Europäischen Patentamts von

1 320 Personen.

III. Die voraussichtlichen Ausgaben des Europäischen Patentamts

1. Die Personalausgaben

In den Anlagen 4 bis 9 werden die voraussichtlichen Personalausgaben des Europäischen Patentamts errechnet.

Zu diesem Zweck wird in Anlage 4 zunächst ein sogenannter Stellenkegel, d.h. die prozentuale Verteilung der Stellen auf die vier Laufbahngruppen dargestellt. Der Stellenkegel der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ist zum Vergleich beigegeben. Die erheblich stärkere Berücksichtigung der Laufbahngruppe A beim Europäischen Patentamt ergibt sich dadurch, daß die Arbeit beim Europäischen Patentamt im wesentlichen vom Prüfer und nur in geringerem Maß von Hilfskräften geleistet werden kann. Der Prüfer aber ist als akademisch vorgebildeter Techniker in der Laufbahngruppe A zu besolden.

Die Anlage 5 bringt die Aufgliederung der Beamten innerhalb der Laufbahngruppen in absoluten Zahlen.

Anlage 6 zeigt das prozentuale Verhältnis dieser Aufgliederung innerhalb der einzelnen Laufbahngruppen und ermöglicht so einen Vergleich mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

In Anlage 7 sind die bei den nachfolgenden Berechnungen zugrunde gelegten Währungsparitäten angegeben. Als Vergleichsbasis wurde der US-Dollar gewählt. Es dürfte sich empfehlen, als endgültige Vergleichsbasis für die verschiedenen Währungen der Mitgliedstaaten die Währung eines der Mitgliedstaaten zu nehmen.

In Anlage 8 wird zur Unterrichtung eine Übersicht über die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften gegeben. Unter a) und b) ist jeweils das An-

fangs- und Endgehalt einer Besoldungsgruppe angegeben. Dazwischen liegen die einzelnen Dienstaltersstufen.

In Anlage 9 sind die Kosten des Gesamtpersonals zusammengestellt. Dabei mußte für jede Besoldungsgruppe bezüglich der persönlichen Verhältnisse der Beamten ein Standardfall angenommen werden, dessen Gehalt so hoch ist, daß es dem Durchschnittsgehalt aller Beamten dieser Besoldungsgruppe entspricht. Als Standardfall wurde einheitlich für alle Besoldungsgruppen angenommen, daß der Beamte verheiratet ist, 2 schulpflichtige Kinder hat und gemäß seinem Dienstalter in der 3. Dienstaltersstufe zu besolden ist. Der Anteil der Empfänger der Auslandszulage wurde auf $\frac{3}{4}$ der Gesamtzahl der Beamten geschätzt.

Die Berechnung der Personalausgaben des Europäischen Patentamts in Anlage 9 führt zu einem jährlichen Aufwand an Gehältern in Höhe von 12 249 000 \$. Diesem Betrag sind, wie aus Anlage 10 Blatt 3 ersichtlich, Beträge für Versorgungsbezüge, Kranken- und Unfallversicherung u.a. hinzuzurechnen. Es ergibt sich dadurch ein jährlicher

Personalaufwand von 13 357 000 \$.

2. Die Sachausgaben

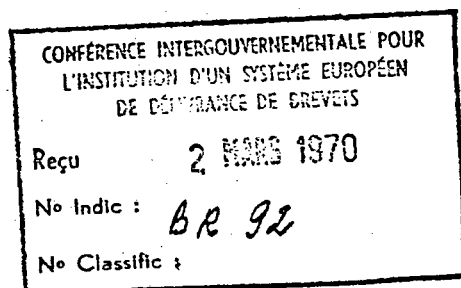
Die Sachausgaben des Europäischen Patentamts sind in Anlage 10 Blatt 4 ff. auf Grund von Erfahrungssätzen geschätzt, die sich aus dem Haushaltsplan der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ergeben. Die Schätzung führt zu einem jährlichen

Sachaufwand von 2 886 000,-- \$.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 24. Februar 1970
BR/GT I/34d/70

- Sekretariat -



Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

S t u d i e

über

Grundlagen der Finanzplanung
für ein Europäisches Patentamt

Kapitel IV bis VII

I

Vorbemerkung

Den Delegationen der Arbeitsgruppe I wird hiermit ein weiterer Teil der Studie ihres Vorsitzenden über "Grundlagen der Finanzplanung für ein Europäisches Patentamt" mit den Kapiteln IV bis VII vorgelegt.

Ein dritter und letzter Teil der Studie wird folgen. Er wird sich mit den Problemen der Deckung des laufenden Defizits des Europäischen Patentamts sowie der in der Aufbau- und Anlaufzeit entstehenden Kosten befassen.

Gliederung des zweiten Teils der Studie

IV. Die voraussichtlichen unmittelbaren Einnahmen des Europäischen Patentamts

1. Die Verfahrensgebühren
2. Die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

V. Die voraussichtlichen mittelbaren Einnahmen, die dem Europäischen Patentamt unter Anrechnung auf die Mitgliedsbeiträge der Staaten zufließen könnten

1. Die Gebühren für die Benennung der Mitgliedstaaten in der Patentanmeldung
2. Die Vergütung der EWG-Staaten für die besonderen Organe des "Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt"
3. Der Anteil des Europäischen Patentamts an Jahresgebühren für erteilte Patente

VI. Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts

VII. Probleme eines stufenweisen Aufbaus des Europäischen Patentamts

III

Verzeichnis der Anlagen des zweiten Teils der Studie

- Anlage 11: Übersicht über die nach den Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patentverteilungsverfahren vorgesehenen Gebühren
- Anlage 12: Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz
- Anlage 13: Der Studie zugrundegelegte Sätze der Verfahrensgebühren
- Anlage 14: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Verfahrensgebühren
- Anlage 15: Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz
- Anlage 16: Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung
- Anlage 17: Berechnung der Quote der europäischen Patentanmeldung, für die die Zahlung von Jahresgebühren an das Europäische Patentamt erwartet werden kann
- Anlage 18: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Jahresgebühren
- Anlage 19: Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts
- Anlage 20: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts bei sofortiger voller Eröffnung bis zur Erreichung des Normalhaushalts
- Anlage 21: Einnahmen des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus
- Anlage 22: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus bis zur Erreichung des Normalhaushalts

- Fortsetzung der Studie -

Nachtrag zu Kapitel III:

Nach Fertigstellung des ersten Teils der Studie wurden im "Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften" vom 21. Januar 1970 (13. Jahrgang Nr. L 15) neue Dienst- und Versorgungsbezüge für die Beamten der Europäischen Gemeinschaften bekanntgemacht. Die neuen Bezüge sind gegenüber den bisherigen um 6 bis 7 % erhöht. Es hat sich daher als notwendig erwiesen, den auf Seite 14 dieser Studie mit 13 357 000 \$ ausgewiesenen Personalaufwand einschließlich der Sozialleistungen pauschal um 6 %, also auf 14 158 420 \$, zu erhöhen.

Außerdem erschien es mit Rücksicht auf die zu erstellende Haushalts-skizze zweckmäßig, die Personal- und Sachausgaben für die besonderen Organe des "Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt" (sogenanntes 2. Übereinkommen) besonders auszuweisen. Eine überschlägige Rechnung ergab, daß von dem Gesamtpersonal von 1320 Personen etwa 40 Personen, das sind etwas mehr als 3 %, in den besonderen Organen beschäftigt sein werden. Vorbehaltlich einer von der EWG-Sachverständigengruppe "Gemeinschaftspatent" noch vorzunehmenden genaueren Schätzung sind daher vorläufig je $\frac{40}{1320} = 1/33$ der Personal- und Sachausgaben als Ausgaben für die besonderen Organe des 2. Übereinkommens angenommen worden.

Die Personal- und Sachausgaben des Europäischen Patentamts stellen sich daher wie folgt dar:

1. Personalausgaben	14 158 420	
hiervon für besondere Organe	<u>429 043</u>	13 729 277
2. Sachausgaben	2 886 000	
hiervon für besondere Organe	<u>87 455</u>	<u>2 798 545</u>
Ausgaben des Europäischen Patentamts ohne besondere Organe		16 527 822
3. Ausgaben für die besonderen Organe:		
Personalausgaben	429 043	
Sachausgaben	<u>87 455</u>	<u>516 498</u>
Ausgaben des Europäischen Patentamts insgesamt		17 044 320

Diese Beträge erscheinen mit entsprechenden Abrundungen in der "Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts" (Anlage 19).

IV. Die voraussichtlichen unmittelbaren Einnahmen des Europäischen Patentamts

Das Europäische Patentamt wird auf verschiedenartige Einnahmen zurückgreifen können. Unmittelbar stehen ihm nur die im Laufe des Patenterteilungsverfahrens anfallenden Verfahrensgebühren und die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung zu. Diese Gebühren sind in Anlage 11 zusammengestellt und für die Zwecke dieser Studie in drei Gruppen eingeteilt:

1. Zunächst solche Gebühren, die in den nachfolgenden Berechnungen "berücksichtigt" werden.
2. Andere Gebühren, die als "neutral" bezeichnet werden, weil angenommen wurde, daß diese Gebühren später als kostendeckendes Äquivalent für bestimmte Verfahrensvorgänge bemessen werden, nämlich für den Bericht über den Stand der Technik sowie den Druck der Veröffentlichung gemäß Artikel 85 (86a) und der Patentschrift.
3. Schließlich wurde eine Reihe weiterer Gebühren "nicht berücksichtigt", da sie für den Gesamtbetrag der Einnahmen nicht ins Gewicht fallen. Für diese Gebühren wird in die Berechnung lediglich ein Erinnerungsbetrag von 100 000 \$ jährlich eingesetzt.

In Anlage 11 wurde auch die sogenannte Benennungsgebühr aufgenommen, weil sie im Laufe des Verfahrens, d.h. bis zum Ablauf des Prioritätsjahres, zu entrichten ist. Vom systematischen Gesichtspunkt aus dürfte es sich hier allerdings um eine Gebühr handeln, die nicht, wie die übrigen Verfahrensgebühren, dem Europäischen Patentamt unmittelbar zusteht, sondern den in der Patentanmeldung benannten Staaten. Die Benennungsgebühr wäre bei dieser Betrachtungsweise den benannten Staaten auf ihre Beitragsleistungen anzurechnen. Andererseits könnte diese Gebühr aber auch, wie dies in der Verfahrensordnung des "Vertrags über die internationale Zu-

sammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens" (Rule 15.1) mit den Bestimmungsgebühren zugunsten des Internationalen Büros geschehen ist, dem Europäischen Patentamt unmittelbar als eigene Einnahme zuerkannt werden. Dies könnte durch die Überlegung gerechtfertigt sein, daß die Arbeit des Europäischen Patentamts gerade den jeweils in der Patentanmeldung benannten Mitgliedstaaten zugute kommt. Zunächst wurde die Benennungsgebühr als eine Einnahme des Europäischen Patentamts in Kapitel V. eingeordnet.

1. Die Verfahrensgebühren

Um für die Benennung der Verfahrensgebühren Maßstäbe zu gewinnen, wurden in Anlage 12 die wichtigsten Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten, soweit es auf Grund der vorliegenden Informationen möglich war, zusammengestellt und anhand dieser Unterlagen in Anlage 13 für diese Studie bestimmte Gebührensätze angenommen.

Die Anmeldegebühr hat die Besonderheit, daß in ihr auch eine Pauschale für den Druck der Veröffentlichung gemäß Artikel 85 (86a) enthalten sein soll. Die Anmeldegebühr ist daher aus einer Netto-Anmeldegebühr von 75 \$ und einer Druckkostenpauschale von 25 \$ zusammengesetzt worden. Die Druckkostenpauschale wurde auf Grund der Erfahrungen mit den Veröffentlichungen des Deutschen Patentamts unter Berücksichtigung der für die Veröffentlichung erzielten Verkaufserlöse geschätzt. Für die Zwecke der Einnahmenberechnung wurde nur die Netto-Anmeldegebühr berücksichtigt und der Druckkostenanteil von 25 \$ als "neutral" behandelt. Auch in der Ausgabenberechnung (Anlage 10) sind Druckkosten nicht vorgesehen.

Die Einnahmen aus den Verfahrensgebühren sind in Anlage 14 errechnet. Der in Spalte 2 enthaltene Schlüssel von 100-52-40-10 entspricht den in Anlage 2 Blatt 1 enthaltenen Werten. Die Häufigkeit der Beschwerde im Prüfungsverfahren wurde mit 3 und im

Einspruchsverfahren mit 1 angenommen. Die Einnahmen aus der Anmeldegebühr (ohne Druckkostenpauschale) betragen 3 000 000 \$. Sie fallen alljährlich an. Die Einnahmen aus den anderen Verfahrensgebühren betragen 2 840 000 \$ und fallen in dieser Höhe erst dann an, wenn das Europäische Patentamt 8 Jahre arbeitet. In der Anfangszeit kann das Europäische Patentamt daher nur einen Teil dieser Gebühren erwarten. Es wurde unterstellt, daß ihm von dieser Summe im ersten Jahr ein Achtel, im zweiten Jahr zwei Achtel usw. und erst vom achten Jahr an die volle Höhe dieser Gebühren zufließen.

2. Die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung

Um einen Anhaltspunkt für die Bemessung der Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung zu gewinnen, wurden zunächst in Anlage 15 die Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz in Landeswährung und US-Dollar zusammengestellt. Soweit die Staaten eine kürzere Patentdauer als 20 Jahre kennen, wurde die jeweilige Gebührenstaffel in [] unter Fortsetzung ihrer Progression ergänzt.

Auf Blatt 4 der Anlage 15 wurde die Summe der Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten in US-Dollar ermittelt. Als letzte Spalte erscheint eine Staffel, die etwa 25 % dieser Summe entspricht. Diese Staffel dient in Anlage 16 als Grundlage für die dieser Studie zugrunde gelegten Jahresgebühren.

Da die Studie an anderer Stelle davon ausgeht, daß von den 17 Mitgliedstaaten in einer Patentanmeldung durchschnittlich 8 benannt sind, hätte der Anmelder im Durchschnitt für die europäische Patentanmeldung ungefähr die Hälfte der Jahresgebühren zu entrichten, die er bei 8 nationalen Patentanmeldungen bzw. Patenten entrichten müßte. Bei einer größeren Zahl von Benennungen würde sich der Anmelder günstiger, bei einer niedrigeren schlechter stellen. Bei drei und weniger Benennungen von Staaten mit durchschnittlicher Gebührenhöhe wäre die Summe der nationalen Ge-

bühren günstiger als die Jahresgebühr für die europäische Patentanmeldung. Im einzelnen käme es aber auf die Höhe der Gebühren in den jeweils begehrten Ländern an. Handelt es sich um Länder mit hohen Gebühren, wäre schon bei wenig Staaten die europäische Patentanmeldung hinsichtlich der Jahresgebühren vorteilhaft. Handelt es sich um Länder mit niedrigen Gebühren, wäre dies erst bei einer größeren Zahl von Benennungen der Fall.

Mit Rücksicht auf die Vereinfachung der Berechnung wurde in dieser Studie angenommen, daß die Jahresgebühr für die europäische Patentanmeldung eine einheitliche Jahresgebühr ist.

Bevor die Höhe der Einnahmen des Europäischen Patentamts aus den von ihm verwalteten Patentanmeldungen errechnet werden konnte, mußte zunächst in Anlage 17 im Wege der Schätzung ein Schlüssel gefunden werden, der darüber Auskunft gibt, für wieviele von ursprünglich 100 eingereichten Anmeldungen vom 3. Patentjahr ab eine Jahresgebühr erwartet werden darf. Dieser Schlüssel für die Patentjahre 3 bis 8 (Rahmen in Spalte h) lautet: 76-47-41-32-23-10. Das Europäische Patentamt wird in Einzelfällen auch nach dem 8. Patentjahr noch Jahresgebühren einnehmen, vor allem wenn der Prüfungsantrag erst am Ende der 7-Jahresfrist gestellt wurde und sich an das Prüfungsverfahren ein Beschwerdeverfahren anschließt. Von der Berücksichtigung solcher Fälle wurde jedoch abgesehen. Der Schlüssel endet daher mit dem 8. Patentjahr.

Bei der Berechnung des Schlüssels wurde davon ausgegangen, daß das Europäische Patentamt nur für die Patentanmeldungen Jahresgebühren einnehmen kann, die noch von ihm verwaltet werden, also weder infolge eines Prüfungsverfahrens (I. - Spalte b und d), noch durch Nichtzahlung einer Jahresgebühr (II. - Spalte e und f) erledigt sind. In Spalte b wird davon ausgegangen, daß in den ersten beiden Jahren, sei es sofort bei Einreichung der Anmeldung oder nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik,

auf 100 Anmeldungen 25 Prüfungsanträge gestellt werden. In Spalte c wurde unterstellt, daß alle diese 25 Anmeldungen zwar noch im 3. Patentjahr, aber nicht mehr im 4. Patentjahr für das Europäische Patentamt als Einnahmequelle für Jahresgebühren vorhanden sind. Dies würde der Fall sein, wenn das Prüfungsverfahren im Durchschnitt zwar mehr als ein, aber weniger als zwei Jahre dauert. Bei dieser Annahme würde nach Stellung eines Prüfungsantrags noch eine Jahresgebühr für das Europäische Patentamt anfallen, weil danach die Patentanmeldung entweder zurückgewiesen oder zurückgenommen oder aber das europäische Patent erteilt ist und die Gebühr an die nationalen Ämter entrichtet wird. Die Zahl der in Spalte b angegebenen Anmeldungen, für die Prüfungsanträge gestellt werden, erscheint daher mit einer Verschiebung von 2 Jahren in Spalte c als "nicht mehr existent". Was die in Spalte b angegebene Staffel betrifft, so wurde angenommen, daß nach einer Häufung von Prüfungsanträgen in den ersten beiden Jahren (25) zunächst ein Rückgang (2), dann eine Stetigkeit der Antragstellung (5-5-5) und schließlich im 7. Jahr nochmals eine Häufung (10) eintritt. In Spalte c ist die Gesamtsumme der bis zu einem bestimmten Patentjahr infolge Prüfungsantrag für das Europäische Patentamt "nicht mehr existenten" Anmeldungen angegeben.

Unter II. (Spalte e und f) wird der Wegfall der Patentanmeldungen, für die kein Prüfungsantrag gestellt wird, geschätzt. Diese Patentanmeldungen entfallen durch Nichtzahlung einer Jahresgebühr oder durch Zurücknahme. Die in Spalte e angenommene Staffel wurde anhand von Erfahrungswerten, die das niederländische Patentamt mitteilte, geschätzt.

Die Summe der Spalten d und f in Spalte g ergibt die Zahl der jeweils nicht mehr vorhandenen Anmeldungen und die Differenz zu 100 in Spalte h die Zahl der jeweils noch vorhandenen Patentanmeldungen. Aus Spalte h, Patentjahr 3 bis 8, ergibt sich somit der Schlüssel für die Berechnung der Einnahmen an Jahresgebühren.

Die Jahresgebühren lassen sich nun in Anlage 18 errechnen. Das Europäische Patentamt erreicht im 8. Jahr seiner vollen Eröffnung sein normales Einnahmenvolumen an Jahresgebühren in Höhe von

5 494 000 \$.

V. Die voraussichtlichen mittelbaren Einnahmen, die dem Europäischen Patentamt unter Anrechnung auf die Mitgliedsbeiträge zufließen könnten

Außer den Verfahrens- und Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung werden dem Europäischen Patentamt noch andere Einnahmequellen zur Verfügung stehen. Zu nennen sind in erster Linie die Gebühren für die Benennung der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 67 (68). Die Frage, ob diese Benennungsgebühren als dem Europäischen Patentamt unmittelbar zustehende Verfahrensgebühren oder als Gebühren anzusehen sind, die den benannten Staaten zuzurechnen und mit ihren Beitragsleistungen zu verrechnen sind, wurde bereits auf Seite 16 erörtert. Als eine Einnahme des Europäischen Patentamts muß auch die Vergütung der EWG-Staaten für die besonderen Organe eingeordnet werden. Eine Haupteinnahmequelle des Europäischen Patentamts wird schließlich aber der Anteil an den Jahresgebühren sein, die für die erteilten europäischen Patente, sei es von der Patentverwaltungsabteilung für das Gemeinschaftspatent der EWG, sei es von den nationalen Patentämtern der nicht zur EWG gehörenden Staaten, eingenommen werden.

1. Die Gebühren für die Benennung der Mitgliedstaaten in der Patentanmeldung

Die Studie geht davon aus, daß beim Europäischen Patentamt jährlich 40 000 Patentanmeldungen angemeldet werden. Ein erheblicher Teil dieser Anmeldungen dürfte auf dem PCT-Weg zum Europäischen Patentamt kommen, sei es, daß das Europäische Patentamt Anmeldeamt, sei es, daß es Bestimmungsamt im Sinne

des PCT ist. In beiden Fällen erfolgt die Benennung der Staaten aufgrund des PCT. Die Benennungsgebühr steht dann gemäß Rule 15.1 des PCT dem Internationalen Büro zu. Da es gegenwärtig noch an brauchbaren Unterlagen fehlt, um die Zahl der europäischen Patentanmeldungen zu schätzen, die gleichzeitig internationale Anmeldungen sind, soll in der Studie davon ausgegangen werden, daß dies maximal 50 % der europäischen Patentanmeldung sein werden.

Das Europäische Patentamt dürfte also für die Hälfte der von ihm zu bearbeitenden Patentanmeldungen keine Benennungsgebühr vereinnahmen. Auch für die andere Hälfte der Anmeldung fällt die Benennungsgebühr nicht für jede Anmeldung an, da diese gemäß Artikel 67 (68a) erst nach Ablauf der Prioritätsfrist zu zahlen ist. In der Studie wurde angenommen, daß 5 % der Anmeldungen durch die Prüfung auf formelle und offensichtliche Mängel gemäß Artikel 77 (76) ausgeschieden werden. Wenn man unterstellt, daß zwischen der Einreichung der Anmeldung und Ablauf der Prioritätsfrist aus anderen Gründen noch weitere 5 % der Anmeldungen ausscheiden, insbesondere weil der Bericht über den Stand der Technik frühzeitig fertiggestellt wurde und ein negatives Ergebnis hatte, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Benennungsgebühr nur in etwa 90 % der Fälle eingenommen wird. Bei 20 000 Patentanmeldungen, die nicht auf dem PCT-Weg zum Europäischen Patentamt kommen oder bei ihm eingereicht wurden, würden daher nur in 18 000 Fällen die Benennungsgebühren anfallen.

Es ist im gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig zu schätzen, wie viele Benennungen im Durchschnitt pro Anmeldung erfolgen werden. Im Rahmen der Berechnungen, die für das PCT-Verfahren angestellt wurden, hat man die Zahl der Benennungen bei der internationalen Anmeldung durchschnittlich mit 7 angenommen. Die Studie geht für das europäische Verfahren von durchschnittlich 8 Benennungen aus. Dabei wurde angenommen, daß das 2. Überkommen, das die Benennung einzelner EWG-Staaten nicht zuläßt

sondern immer die Benennung der ganzen Wirtschaftsgemeinschaft verlangt, zu einer höheren Zahl von Benennungen führen wird.

Für die Benennungsgebühr sollen 10 \$ angenommen werden. Dies ist der Mindestsatz, der in PCT-Rule 15.2 (b) (i) vorgesehen ist (vorläufiger Ansatz: eine Gebühr zwischen 10 und 12,50 \$). Die Einnahmen des Europäischen Patentamts an Benennungsgebühren errechnen sich daher als $18\ 000 \times 10 \times 8$ und führen zu einer Einnahme von

1 440 000 \$.

2. Die Vergütung der EWG-Staaten für die besonderen Organe des "Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt"

Eine erste Schätzung der Kosten für die auf Grund Artikel 8 (6a) zu schaffenden besonderen Organe des "Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt" (sogenanntes 2. Übereinkommen) wurde auf Seite 15 bereits unternommen. Für die Zwecke dieser Studie sind diese Beträge zunächst ohne Bedeutung, da davon ausgegangen werden kann, daß die Kosten der besonderen Organe im vollen Umfang von den EWG-Staaten aus den Einnahmen an Jahresgebühren für das Gemeinschaftspatent erstattet werden. In die Einnahmen des Europäischen Patentamts wurde daher der Gegenwert dieser Kosten in Höhe von 516 000 \$ als Vergütung der EWG-Staaten eingesetzt.

3. Der Anteil des Europäischen Patentamts an den Jahresgebühren für erteilte Patente

Das Europäische Patentamt wird nicht auskommen können, ohne einen Anteil an den Jahresgebühren zu erhalten, die einerseits die EWG-Staaten für das Gemeinschaftspatent und andererseits die nationalen Patentämter der übrigen Mitgliedstaaten für die erteilten europäischen Patente einnehmen.

Die Erfahrung zeigt, daß die Ausgaben eines nationalen Patentamts in der Regel nur durch die für die erteilten Patente zu zahlenden Jahresgebühren gedeckt werden. Auch die Ausgaben eines Europäischen Patentamts werden nur ausgeglichen werden können, wenn die Jahresgebühren für die erteilten europäischen Patente wenigstens zu einem Teil zur Deckung mit herangezogen werden. Die Arbeitsgruppe I hat dies bereits in Absatz 2 der Bemerkung vor Artikel 129 (119) mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht:

"Die Finanzierung des Europäischen Patentamts wird nicht nur durch die Gebühren gewährleistet werden können, die im Zuge des Erteilungsverfahrens erhoben werden, sofern nicht für diese Gebühren ein prohibitiver Satz festgesetzt werden soll. Daher sollten die Jahresgebühren, die für aus dem europäischen Verfahren herrührende Patente erhoben werden, nach einem noch festzulegenden Aufteilungsschlüssel zur Finanzierung des Europäischen Patentamts herangezogen werden."

Eine Berechnung dieser Jahresgebühren, die einerseits von der Patentverwaltungsabteilung als besonderem Organ des 2. Übereinkommens und andererseits von den nationalen Patentämtern vereinnahmt werden, bereitet erhebliche Schwierigkeiten, deren wesentlichste darin besteht, daß die Häufigkeit der Benennung der einzelnen Mitgliedstaaten und daher auch die Zahl der für sie erteilten Patente unbekannt ist. Im letzten Teil dieser Studie soll versucht werden, ein Berechnungsschema aufzustellen, das es erlaubt, über diese Einnahmen wenigstens eine Größenvorstellung zu gewinnen.

In der "Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts" (Anlage 19) wurde zunächst für diese Einnahme kein Betrag ausgewiesen. Das Haushaltsdefizit des Europäischen Patentamts von 3 754 000 \$, das sich dadurch ergeben hat, zeigt den Betrag an, der von den Mitgliedstaaten noch aus den Jahresgebühren für die erteilten europäischen Patente zu decken ist. Was die Höhe des abzuführenden Anteils anbelangt, so kann im Augenblick nur gesagt werden, daß man sich darunter einen für alle

Mitgliedstaaten gleichen Prozentsatz ihrer Einnahmen an Jahresgebühren für die erteilten europäischen Patente vorstellen kann. Dieser Prozentsatz müßte vom Verwaltungsrat variiert werden können, um den veränderten Bedürfnissen des Europäischen Patentamts Rechnung zu tragen.

VI. Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts

Die Ergebnisse, zu denen die Schätzung der einzelnen Ausgaben und Einnahmen des Europäischen Patentamts geführt haben, sind in Anlage 19 zu einer "Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts" zusammengestellt. Dieser Haushalt kann als "Normalhaushalt" bezeichnet werden. Er würde sich ergeben, wenn das Europäische Patentamt bei einer konstanten Zahl von jährlich 40 000 Anmeldungen nach einigen Jahren die volle Höhe seiner Einnahmen an Verfahrens- und Jahresgebühren erreicht hat. Bei einem Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jahren könnte dies nach 8 Jahren der Fall sein, wenn man davon ausgeht, daß die Patentanmeldungen, für die erst am Ende der 7-Jahresfrist Prüfungsantrag gestellt wird, noch im 8. Jahr erledigt werden. Von den Fällen, in denen das Europäische Patentamt infolge eines längeren Prüfungs- und Beschwerdeverfahrens noch nach dem 8. Jahr Gebühren einnimmt, ist aus Gründen der Vereinfachung abgesehen worden.

Aus Anlage 20 ergeben sich die Haushalte der Jahre vor Erreichung des Normalhaushalts. Diese Berechnung beruht auf der Arbeitshypothese, daß das Europäische Patentamt im Jahre 1 sofort auf allen Gebieten der Technik eröffnet wird. Die besonderen Organe des 2. Übereinkommens wurden im Hinblick auf den für sie vorgesehenen Kostenvergleich nicht berücksichtigt. Im einzelnen ist in Anlage 20 auf folgendes aufmerksam zu machen:

Es wurde angenommen, daß dem Europäischen Patentamt in der Vorbereitungszeit - ausgewiesen als Jahr 0 - der in Anlage 10 Blatt 2 geschätzte Betrag von 4 000 000 \$ für die einmalige Erst-

ausstattung und außerdem ein voller Haushalt in Höhe von 16 528 000 \$, also insgesamt 20 528 000 \$, zur Verfügung gestellt werden.

Was die mit dem Jahr 1 einsetzenden Einnahmen anbelangt, wurde in Spalte 1 angenommen, daß im ersten Jahr die Anmeldegebühr eines Anmeldejahrgangs ($40\,000 \times 75 = 3\,000\,000$ \$) und von den Benennungsgebühren die Hälfte der Normaleinnahmen ($1\,440\,000 : 2 = 720\,000$) anfallen, weil die Benennungsgebühren erst nach Ablauf des Prioritätsjahres fällig werden. Im ersten Jahr wurden daher an Anmelde- und Benennungsgebühren nur $3\,000\,000$ minus $720\,000 = 2\,280\,000$ eingesetzt. Vom 2. Jahr an erreicht diese Einnahme ihre volle und gleichbleibende Höhe von $4\,440\,000$.

In Spalte 2 wurde hinsichtlich der anderen in Anlage 14 aufgeführten Verfahrensgebühren angenommen, daß sie erst vom 8. Jahr ab in der vollen Höhe von $2\,840\,000$ \$ anfallen. Für die vorhergehenden Jahre wurde angenommen, daß diese Einnahmen im ersten Jahr mit einem Achtel ihrer endgültigen Höhe, also mit $355\,000$ \$ einsetzt und in jedem weiteren Jahr um ein weiteres Achtel bis zur Erreichung ihres vollen Betrags im 8. Jahr anwächst.

In Spalte 4 wurden die Jahresgebühreneinnahmen aus Anlage 18, Spalte 6, übernommen. Sie setzen im 3. Patentjahr ein und erreichen im 8. Jahr ihre Normalhöhe von $5\,494\,000$ \$.

Das Europäische Patentamt erreicht gemäß Spalte 5 somit im 8. Jahr sein normales Einnahmenvolumen von $12\,774\,000$ \$.

Die Ausgaben in Spalte 6 beginnen mit den Kosten der Vorbereitungszeit. Daran schließt sich der jährlich gleichbleibende Betrag der normalen Ausgaben an.

Das in Spalte 7 ausgewiesene Haushaltsdefizit fällt bis zum 8. Jahr auf das Normaldefizit von $3\,754\,000$ \$ ab.

Spalte 8 enthält die Summe der jeweils bis zu einem bestimmten

Jahr erreichten Defizite bis zum 7. Jahr einschließlich. Danach ist die Aufbau- und Anlaufzeit abgelaufen; es tritt nur noch das Normaldefizit auf. Die Gesamtkosten der Aufbau- und Anlaufzeit beziffern sich danach für den Fall einer sofortigen Eröffnung auf allen Gebieten der Technik im Jahre 1 auf 80 678 000 \$.

VII. Probleme eines stufenweisen Aufbaus des Europäischen Patentamts

Die frühere EWG-Arbeitsgruppe "Patente" war in ihrem Bericht von 1963 (Seite 22) davon ausgegangen, daß das Europäische Patentamt nicht gleichzeitig auf allen Gebieten der Technik eröffnet werden kann, sondern stufenweise in Abständen von 2 Jahren zu je 10, 15, 20, 25 und 30 Prozent.

In den Anlagen 21 und 22 ist dargestellt, wie sich der in dieser Studie zugrunde gelegte Haushalt des Europäischen Patentamts bei einem derartigen stufenweisen Aufbau entwickeln würde.

In Anlage 21 werden zunächst die Einnahmen errechnet, die dem Europäischen Patentamt aus den einzelnen Stufen zufließen. Da die letzte Stufe zu Beginn des 9. Jahres eröffnet wird, kann die volle Höhe der Einnahmen erst mit dem 16. Jahr erreicht werden.

In Anlage 22 sind die in Anlage 21 errechneten Einnahmen den Ausgaben gegenübergestellt. Als Ausgaben wurden für die Zeit vor Eröffnung neben den Kosten der Erstausrüstung nur ein halber Normalhaushalt eingesetzt. Als Regel für die Bemessung der Ausgaben wurde angenommen, daß das Ausgabenvolumen dem Arbeitsvolumen in der Weise vorausseilt, daß das Europäische Patentamt bereits 2 Jahre vor Eröffnung der nächsten Stufe deren Ausgabenvolumen zur Hälfte und 1 Jahr vorher das Ausgabenvolumen der nächsten Stufe voll erhält. Das jeweilige Ausgabenvolumen ist in den Bemerkungen (Spalte 6) berechnet.

Bei einem stufenweisen Aufbau der angenommenen Art erreicht das

Europäische Patentamt seinen Normalhaushalt mit dem Normaldefizit von 3 754 000 \$ im 16. Jahr. Das bis zum 15. Jahr einschließlich angewachsene Defizit errechnet sich mit 105 162 400 \$.

In den Haushaltsrechnungen für die sofortige volle Eröffnung des Amts (Anlage 20) und dessen stufenweisen Aufbau (Anlage 22) sind noch nicht die Einnahmen berücksichtigt, die dem Europäischen Patentamt durch die Abführung eines Teils der Jahresgebühren für die erteilten Patente zufließen. Sobald hierfür entsprechende Beträge in die Rechnung eingesetzt werden können, müßte sich - je nach der Höhe des für das Europäische Patentamt vorgesehenen Gebührenanteils - nach einer gewissen Zeit ein Haushaltsüberschuß ergeben, der für eine Rückzahlung der von den Staaten in der Aufbau- und Anlaufzeit zur Verfügung gestellten Mittel vorgesehen werden könnte.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 6. März 1970
BR/GT I/34d/70

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

S t u d i e

über

Grundlagen der Finanzplanung
für ein Europäisches Patentamt

Kapitel VIII bis X

Vorbemerkung

Den Delegationen der Arbeitsgruppe I wird hiermit der dritte und letzte Teil der Studie ihres Vorsitzenden über "Grundlagen der Finanzplanung für ein Europäisches Patentamt" mit den Kapiteln VIII bis X vorgelegt.

Auf den Seiten II bis V ist die vollständige Gliederung der Studie mit Seitenangaben und einer Zusammenstellung aller Anlagen beigelegt. Die Gliederung hat sich im Laufe der Arbeiten geringfügig geändert.

Der Vorsitzende bittet um Nachsicht für vereinzelte Unrichtigkeiten und Fehler. Die Delegationen werden gebeten, dem Sekretariat Unstimmigkeiten, auf die sie beim Studium stoßen, mitzuteilen. Es kann dann gegebenenfalls zu Beginn der Sitzung vom 1. bis 3. April 1970 ein Korrigendum verteilt werden.

Gliederung der Studie

Arbeitsunterlage
vom 3. Februar 1970

	Seite
I. Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt	4
1. Voraussichtlicher Eingang von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt	4
2. Voraussichtliche Zahl der Erledigungen pro Prüfer im Verfahren zur Erteilung des europäischen Patents	7
II. Der voraussichtliche Personalbedarf des Europäischen Patentamts	12
III. Die voraussichtlichen Ausgaben des Europäischen Patentamts	13
1. Die Personalausgaben	13
2. Die Sachausgaben	14

Arbeitsunterlage
vom 24. Februar 1970

	Seite
IV. Die voraussichtlichen unmittelbaren Einnahmen des Europäischen Patentamts	16
1. Die Verfahrensgebühren	17
2. Die Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung	18
V. Die voraussichtlichen mittelbaren Einnahmen, die dem Europäischen Patentamt unter Anrechnung auf die Mitgliedsbeiträge der Staaten zufließen könnten	21

	Seite
1. Die Gebühren für die Benennung der Mitgliedstaaten in der Patentanmeldung	21
2. Die Vergütung der EWG-Staaten für die besonderen Organe des "Übereinkommens über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt"	23
3. Der Anteil des Europäischen Patentamts an den Jahresgebühren für erteilte Patente	23
VI. Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts	25
VII. Probleme eines stufenweisen Aufbaus des Europäischen Patentamts	27

vorliegendes
Arbeitsdokument
vom 6. März 1970

	Seite
VIII. Der Haushaltsausgleich des Europäischen Patentamts durch seine prozentuale Beteiligung an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente	29
IX. Die Finanzierung des Europäischen Patentamts in seiner Aufbau- und Anlaufzeit durch Beiträge der Mitgliedstaaten	38
X. Zusammenfassung der Studie	42

Verzeichnis aller Anlagen der Studie

Anlagen zum Arbeitsdokument vom 3. Februar 1970:

- Anlage 1: Auszug aus den BIRPI-Statistiken für das Jahr 1968
- Anlage 2: Errechnung des Bedarfs an Prüfern
- Anlage 3: Zahl und Zusammensetzung des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts bei einem Bedarf von 390 Prüfern
- Anlage 4: Verhältnis der Laufbahngruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 5: Aufgliederung der Bediensteten des Europäischen Patentamts auf die einzelnen Besoldungsgruppen
- Anlage 6: Verhältnis der Besoldungsgruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 7: Währungsparitäten
- Anlage 8: Übersicht über die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 9: Berechnung der Bezüge der Bediensteten des Europäischen Patentamts
- Anlage 10: Einmalige Erstausrüstung und laufende Ausgaben eines Europäischen Patentamts bei einem Personal von 1320 Personen

Anlagen zum Arbeitsdokument vom 24. Februar 1970:

- Anlage 11: Übersicht über die nach dem Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren vorgesehenen Gebühren
- Anlage 12: Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz

- Anlage 13: Der Studie zugrundegelegte Sätze der Verfahrensgebühren
- Anlage 14: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Verfahrensgebühren
- Anlage 15: Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz
- Anlage 16: Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung
- Anlage 17: Berechnung der Quote der europäischen Patentanmeldung, für die die Zahlung von Jahresgebühren an das Europäische Patentamt erwartet werden kann
- Anlage 18: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Jahresgebühren
- Anlage 19: Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts
- Anlage 20: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts bei sofortiger voller Eröffnung bis zur Erreichung des Normalhaushalts
- Anlage 21: Einnahmen des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus
- Anlage 22: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus bis zur Erreichung des Normalhaushalts

Anlagen zum Arbeitsdokument vom 6. März 1970:

- Anlage 23: Versuch einer Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten
- Anlage 24: Versuch einer Berechnung der Einnahmen eines nationalen Patentamts an Jahresgebühren, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland
- Anlage 25: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts unter Berücksichtigung eines Anteils von 75 % an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente

- Anlage 26: Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen auf der Grundlage des Bruttosozialprodukts und der Häufigkeit der Benennung
- Anlage 27: Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen auf der Grundlage der "Patentintensität"
- Anlage 28: Vergleich der errechneten Beitragssätze
- Anlage 29: Einzahlungen und Rückerhalt von Beiträgen eines Mitgliedsstaats für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit des Europäischen Patentamts, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

VIII. Der Haushaltsausgleich des Europäischen Patentamts durch seine prozentuale Beteiligung an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente

In Kapitel V.3. dieser Studie wurde ausgeführt, daß das Europäische Patentamt nicht wird auskommen können, ohne einen prozentualen Anteil an den Jahresgebühren zu erhalten, die einerseits die EWG-Staaten für das Gemeinschaftspatent und andererseits die nationalen Patentämter der übrigen Mitgliedstaaten für die erteilten europäischen Patente einnehmen.

Die Höhe des Prozentsatzes, den jeder Mitgliedstaat von seinen Einnahmen an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente an das Europäische Patentamt abzuführen hätte, hängt davon ab, wie groß die Gesamtsumme der Einnahmen aller Mitgliedstaaten ist. Der gesuchte Prozentsatz muß so hoch angesetzt werden, daß durch ihn das bis zur Erreichung des Normalhaushalts entstandene gesamte Defizit abgedeckt werden kann.

Es ist schwierig, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Höhe der jährlichen Einnahmen eines jeden Mitgliedstaats und daraus die Gesamtsumme aller Einnahmen zu errechnen. Eine solche Berechnung setzt nämlich für jeden Mitgliedstaat die Kenntnis folgender Größen voraus:

- a) die Zahl der für den Mitgliedstaat erteilten europäischen Patente;
- b) die Höhe der Jahresgebühren, die in diesem Mitgliedstaat in Zukunft erhoben werden;
- c) die Aufrechterhaltungsquote europäischer Patente in dem Mitgliedstaat, also der Prozentsatz der erteilten Patente, für den während jedes einzelnen Jahres der Laufdauer die betreffenden Jahresgebühren noch entrichtet werden;
- d) die gesetzlich vorgesehene höchste Laufdauer von Patenten in jedem Mitgliedstaat.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wäre in einer solchen Berechnung mit Rücksicht auf das "Übereinkommen über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt" (sogenanntes 2.Übereinkommen) als eine Einheit zu behandeln.

Es soll nun versucht werden, ein Modell für eine solche Berechnung der Einnahmen der Mitgliedstaaten darzustellen. Bezüglich der genannten Berechnungsgrößen a) bis d) wäre dabei im einzelnen noch folgendes zu sagen:

Zu a): Zunächst soll der Versuch gemacht werden, für jeden Mitgliedstaat der Regierungskonferenz die Zahl der zur Erteilung kommenden Patente zu schätzen. Da diese Studie zu der Annahme kam, daß von 100 Patenten 40 erteilt werden (Seite 10), kann hier gefolgert werden, daß von den Patentanmeldungen, bei deren Einreichung ein bestimmter Mitgliedstaat vom Anmelder benannt wurde, 40 % zur Erteilung eines Patents für diesen Staat führen. Die Zahl der für einen Mitgliedstaat erteilten Patente ergibt sich daher als 40 % der Zahl der Patentanmeldungen, in denen dieser Staat benannt wurde.

In Anlage 23 wurde daher als erstes der Versuch einer Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten unternommen:

In Spalte 1 sind die Mitgliedstaaten der Konferenz aufgeführt. Für die EWG-Staaten mußte dabei in der unteren Hälfte der Anlage mit Rücksicht auf das "Gemeinschaftspatent" eine besondere Berechnung angestellt werden.

In Spalte 2 wurde eine Schätzung der Häufigkeit der Benennung eines Staats durch seine eigenen Staatsangehörigen versucht. Dabei wurde unterstellt, daß jeder Anmelder, der aus einem Mitgliedstaat eine Patentanmeldung beim Europäischen Patentamt einreicht, auch seinen eigenen Heimatstaat benennt. Dem-

entsprechend sind aus Anlage 1 Blatt 1 die Zahlen aus der mittleren Spalte übernommen worden.

Das gleiche wurde in Spalte 2a für die Staatsangehörigen der EWG-Staaten angenommen. Da auf Grund des 2.Übereinkommens die EWG-Staaten nur gemeinsam benannt werden können, war die Summe dieser Benennungen durch EWG-Angehörige (12 678) mit 6 zu multiplizieren, so daß sich eine Benennungshäufigkeit der EWG durch EWG-Angehörige von 76 068 ergibt.

In den Spalten 3 und 4 wurde sodann eine Schätzung der Häufigkeit der Benennung eines Staats durch Ausländer versucht. Dabei wurde die Hypothese zugrundegelegt, daß jedes nationale Patentamt 80 % seiner bisherigen Auslandsanmeldungen verliert und statt dessen der betreffende Mitgliedstaat in europäischen Patentanmeldungen benannt wird. Die Spalte 3 enthält die Zahl der Auslandsanmeldungen bei den betreffenden nationalen Ämtern im Jahre 1968. In Spalte 4 wurde angenommen, daß 80 % dieser Zahlen als die Häufigkeit der Benennung durch Ausländer anzunehmen sind.

In den Spalten 3a und 4a wurde die für die EWG-Staaten notwendige besondere Rechnung aufgestellt: Nachdem die Benennung der EWG durch EWG-Angehörige bereits in Spalte 2a geschätzt wurde, sind in Spalte 3a die Auslandsanmeldungen in den EWG-Staaten im Jahre 1968 angegeben, die nicht durch EWG-Angehörige angemeldet wurden. Angesichts dieser Zahlen in Spalte 3a mußte nun geschätzt werden, wie viel Nicht-EWG-Angehörige die 6 EWG-Staaten zusammen benennen, also das Gemeinschaftspatent der EWG wählen werden. Da es sich bei den Nicht-EWG-Angehörigen sowohl um Angehörige der anderen Mitgliedstaaten, als auch um Angehörige von Drittstaaten handelt, wurde entsprechend der bei der Schätzung der Anmeldezahl (Seite 4 bis 6 dieser Studie) angewendeten "Zwei-Staaten-Theorie" für Mitgliedstaaten und der "Drei-Staaten-Theorie" für Drittstaaten angenommen, daß die Zahl der EWG-Benennungen zwischen der in Spalte 3a ersichtli-

chen zweithöchsten Zahl (23 337) und der dritthöchsten Zahl (14 502) liegt. Als ein zwischen diesen beiden Zahlen liegender Wert wurde die Zahl der Nicht-EWG-Angehörigen, die das Gemeinschaftspatent wählen, auf rund 20 000 geschätzt. Da jeder dieser Anmelder die 6 EWG-Staaten zusammen benennen muß, führt dies für die EWG zu 120 000 Benennungen durch Nicht-EWG-Angehörige.

Spalte 5 enthält die Summe der Zahlen in Spalte 2 und 4, also die Gesamtzahl der Benennungen auf Grund des Zahlenmaterials aus dem Jahr 1968.

In Spalte 6 mußte das auf Grund des Zahlenmaterials für das Jahr 1968 ermittelte Ergebnis um 11,2 % erhöht werden, da auch die mit Hilfe des statistischen Materials von 1968 auf Seite 6 dieser Studie geschätzte Zahl europäischer Patentanmeldungen von 35 971 um 11,2 % auf 40 000 erhöht wurde. Spalte 6 gibt daher die Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten bei insgesamt 40 000 Patentanmeldungen wieder. Die durchschnittliche Zahl der Benennungen pro Anmeldung errechnet sich mit 7,8.

Die Anlage 23 stellt selbstverständlich nur einen Versuch dar zur Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten bei 40 000 europäischen Patentanmeldungen. Diese Schätzung kann nur mit Vorbehalten weiteren Berechnungen zugrundegelegt werden.

Zu b): Was die Höhe der Jahresgebühren anbelangt, so kann für diese Studie nur von den geltenden Jahresgebühren ausgegangen werden.

Zu c): Die Aufrechterhaltungsquote kann von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat verschieden sein. Es muß jedem Mitgliedstaat überlassen bleiben, diese Quote für die für sein Gebiet erteilten europäischen Patente zu schätzen.

Zu d): Hinsichtlich der gesetzlich vorgesehenen höchsten Lauf-

chen zweithöchsten Zahl (23 337) und der dritthöchsten Zahl (14 502) liegt. Als ein zwischen diesen beiden Zahlen liegender Wert wurde die Zahl der Nicht-EWG-Angehörigen, die das Gemeinschaftspatent wählen, auf rund 20 000 geschätzt. Da jeder dieser Anmelder die 6 EWG-Staaten zusammen benennen muß, führt dies für die EWG zu 120 000 Benennungen durch Nicht-EWG-Angehörige.

Spalte 5 enthält die Summe der Zahlen in Spalte 2 und 4, also die Gesamtzahl der Benennungen auf Grund des Zahlenmaterials aus dem Jahr 1968.

In Spalte 6 mußte das auf Grund des Zahlenmaterials für das Jahr 1968 ermittelte Ergebnis um 11,2 % erhöht werden, da auch die mit Hilfe des statistischen Materials von 1968 auf Seite 6 dieser Studie geschätzte Zahl europäischer Patentanmeldungen von 35 971 um 11,2 % auf 40 000 erhöht wurde. Spalte 6 gibt daher die Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten bei insgesamt 40 000 Patentanmeldungen wieder. Die durchschnittliche Zahl der Benennungen pro Anmeldung errechnet sich mit 7,8.

Die Anlage 23 stellt selbstverständlich nur einen Versuch dar zur Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten bei 40 000 europäischen Patentanmeldungen. Diese Schätzung kann nur mit Vorbehalten weiteren Berechnungen zugrundegelegt werden.

Zu b): Was die Höhe der Jahresgebühren anbelangt, so kann für diese Studie nur von den geltenden Jahresgebühren ausgegangen werden.

Zu c): Die Aufrechterhaltungsquote kann von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat verschieden sein. Es muß jedem Mitgliedstaat überlassen bleiben, diese Quote für die für sein Gebiet erteilten europäischen Patente zu schätzen.

Zu d): Hinsichtlich der gesetzlich vorgesehenen höchsten Lauf-

dauer kann man bei den Berechnungen sowohl von einer einheitlichen Laufdauer von 20 Jahren als auch von der gegenwärtigen Laufdauer in den einzelnen Mitgliedstaaten ausgehen,

Es soll nun in Anlage 24 versucht werden, eine solche Einnahmenberechnung anhand eines Modellfalls, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, durchzuführen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hypothetischer Fall, da sie Mitglied der EWG ist und für sie europäische Patente nicht gesondert erteilt werden können.

Die Zahl der Patente, die in diesem hypothetischen Beispiel für Deutschland erteilt werden, kann nicht mit Hilfe der Anlage 23 ermittelt werden, da die Bundesrepublik dort in die EWG als Ganzes eingeschlossen ist. Diese Zahl kann aber entsprechend den in der Anlage 23 für die Nicht-EWG-Staaten angenommenen Hypothesen wie folgt geschätzt werden:

Benennung durch eigene Staatsangehörige (Anlage 1 Blatt 1, mittlere Kolonne)	7 085
Benennung durch Ausländer:	
Auslandsanmeldungen 1968: 31 417	
hiervon 80 %	<u>25 134</u>
Benennungen nach Zahlen von 1968:	32 219
+ 11,2 % Aufschlag entsprechend Anlage 23 Sp.6	<u>3 609</u>
	35 828

Bei 35 828 Benennungen der Bundesrepublik Deutschland in europäischen Patentanmeldungen würden 40 % hiervon, das sind 14 331 europäische Patente für die Bundesrepublik Deutschland erteilt.

In Spalte 1 bis 6 der Anlage 24 sind nun für eine konstante Zahl von 14 331 jährlich erteilter Patente die im Laufe von

20 Patentjahren zu erwartenden Einnahmen errechnet.

Bei diesem Modellfall setzen die Einnahmen an Jahresgebühren mit dem 6. Patentjahr ein, weil unterstellt wurde, daß die europäischen Patente im Durchschnitt im 5. Patentjahr erteilt werden und vom 6. Patentjahr an die Jahresgebühren an das nationale Patentamt zu zahlen sind. In Wirklichkeit werden die Einnahmen der nationalen Patentämter teilweise schon früher, teilweise erst später als mit dem 6. Patentjahr einsetzen.

Bei der Berechnung wurden die gegenwärtigen deutschen Jahresgebühren zugrundegelegt. Da die Laufdauer in Deutschland z.Zt. nur 18 Jahre beträgt, wurde die deutsche Gebührenstaffel mit ihrer gegenwärtigen Progression bis zum 20. Patentjahr fortgeführt.

Was die Aufrechterhaltungsquoten in Spalte 2 anbelangt, so wurde der Durchschnitt der Aufrechterhaltungsquoten der in den Jahren 1952, 1953 und 1954 beim Deutschen Patentamt angemeldeten Patente zugrundegelegt. Vom 6. zum 7. Patentjahr wurde allerdings neben dem normalen Ausfall von 4 Patenten noch ein zusätzlicher Ausfall von 5 Patenten infolge des Einspruchsverfahrens angenommen. Die Aufrechterhaltungsquote für das 19. und 20. Patentjahr wurde geschätzt.

Die Berechnungen in Anlage 24 führen in Spalte 6 zu dem Ergebnis, daß in dem hypothetischen Fall der Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre nach Eröffnung des Europäischen Patentamts für Deutschland Jahresgebühreneinnahmen in Höhe von jährlich 42 354 775,- DM anfallen würden. In der Zeit zwischen dem 6. und dem 20. Jahr nach Eröffnung des Europäischen Patentamts, in der eine vollständige Alterspyramide erteilter europäischer Patente noch nicht aufgebaut ist, würden geringere Einnahmen an Jahresgebühren anfallen. Die entsprechenden Beträge sind der Spalte 6 zu entnehmen.

Um eine einigermaßen zuverlässige Schätzung der Gesamteinnahmen aller Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente zu erhalten, müßte dieses am hypothetischen Fall der Bundesrepublik Deutschland dargelegte Modell überprüft und die zu erwartenden Gebühreneinnahmen eines jeden Mitgliedstaats der Regierungskonferenz errechnet werden. Dies ist in dieser Studie nicht möglich. Um aber überhaupt eine Vorstellung zu vermitteln, wie der Haushaltsausgleich des Europäischen Patentamts erreicht werden könnte, soll in dieser Studie ein fiktiver Betrag für die Summe der Einnahmen aller Mitgliedstaaten an Jahresgebühren angenommen werden. Dieser fiktive Betrag soll das Doppelte der Einnahmen betragen, die in dem hypothetischen Fall der Bundesrepublik Deutschland errechnet wurden. Obwohl in diesem hypothetischen Fall eine sehr hohe Benennungshäufigkeit angenommen wurde (35 828 Benennungen auf 40 000 europäische Patentanmeldungen) und die Jahresgebühren beim Deutschen Patentamt verhältnismäßig hoch sind, dürfte doch ein Betrag in Höhe des Doppelten der für Deutschland errechneten Einnahmen in etwa zu einer Größenordnung führen, wie sie später einmal die Summe der Einnahmen aller Mitgliedstaaten erreichen könnte.

In Spalte 7 wurden die am Beispiel Deutschland errechneten Einnahmen zunächst in US-Dollar umgerechnet und in Spalte 8 auf das Doppelte erhöht. Die fiktive Summe der Einnahmen aller Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente würde demnach vom 20. Jahr nach Eröffnung des Europäischen Patentamts ab 23 144 686 US-Dollar pro Jahr betragen. Zwischen dem 6. und dem 20. Jahr nach Eröffnung des Europäischen Patentamts würde die Summe der Einnahmen aller Mitgliedstaaten jeweils die in Spalte 8 enthaltenen Beträge erreichen.

In Anlage 25 ist dargestellt, wie sich die Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts unter Berücksichtigung eines

Anteils an den Einnahmen der Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente gestalten. Diese Anlage ist eine Fortführung von Anlage 20. Sie geht ebenfalls von der Hypothese einer sofortigen vollen Eröffnung des Europäischen Patentamts aus und sie berücksichtigt die besonderen Organe des 2.Übereinkommens nicht.

In Spalte 2 der Anlage 25 sind die Zahlen aus Spalte 7 der Anlage 20 übernommen, also das Haushaltsdefizit, das sich beim Europäischen Patentamt ohne Berücksichtigung eines Anteils an den Jahresgebühren für erteilte Patente ergibt.

In Spalte 3 sind vom 6. Jahr an die Beträge eingesetzt, die dem Europäischen Patentamt als Anteil an den Einnahmen der Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente zufließen könnten. Die Höhe des Anteils wurde mit 75 % angenommen. Durch diesen verhältnismäßig hohen Satz soll erreicht werden, daß das Europäische Patentamt möglichst bald zu einem Haushaltsausgleich kommt und in die Lage versetzt wird, die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit zurückzuerstatten. Die Zahlen in Spalte 3 ergeben sich als 75 % der Zahlen in Spalte 8 der Anlage 24, d.h. der fiktiven Summe der Einnahmen aller Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente. Die Zahlen wachsen vom 6. bis zum 20. Jahr an. Vom 20. Jahr an würde der Anteil, sofern er weiterhin 75 % betragen würde, in Höhe von 17 359 000 \$ jährlich gleich bleiben.

In Spalte 4 ist das Haushaltsergebnis des Europäischen Patentamts unter Berücksichtigung des 75 %igen Anteils an den Jahresgebühren für erteilte Patente dargestellt. Vom 10. Jahr an würde das Europäische Patentamt einen Haushaltsüberschuß erzielen, der es ihm erlaubt, die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit zurückzuerstatten, d.h. die bis zum 9. Jahr einschließlich angewachsene Summe der Haushaltsdefizite abzutragen.

In Spalte 5 ist dargestellt, wie sich die Summe der Haushaltsergebnisse entwickelt. Sie beginnt wie in Anlage 20 Spalte 8 mit den Kosten der Vorbereitungszeit in Höhe von 20 528 000 \$. Dieses Haushaltsdefizit erhöht sich laufend, bis es im 9. Jahr mit 79 729 000 \$ ein Maximum erreicht. Dieses Schuldenmaximum des Europäischen Patentamts ist nicht so hoch wie es sich bei Fortführung der Spalte 8 von Anlage 20 für das 9. Jahr ergeben würde, weil in Anlage 24 bereits mit dem 6. Jahr die zusätzlichen Einnahmen des Europäischen Patentamts durch seinen Anteil an den Jahresgebühren für erteilte Patente einsetzen. Mit dem 10. Jahr beginnen die Schulden des Europäischen Patentamts durch laufende Rückzahlungen zu sinken. Zwischen dem 19. und 20. Jahr hätte das Europäische Patentamt die Aufwendungen der Mitgliedstaaten für die Aufbau- und Anlaufzeit voll zurückerstattet. Im 20. Jahr würde es bereits einen Haushaltsüberschuß von 8 110 000 \$ erreichen.

Vom 20. Jahr an wäre es möglich, entweder den Prozentsatz von 75 % herabzusetzen oder die vom Europäischen Patentamt selbst erhobenen Verfahrens- und Jahresgebühren für europäische Patentanmeldungen zu senken oder beides vorzusehen.

Bei einem stufenweisen Aufbau des Europäischen Patentamts würde sich die in Anlage 25 dargestellte Rechnung verschieben und möglicherweise bis zu 8 Jahren - der angenommenen Spanne zwischen der Eröffnung der ersten und der letzten Stufe - verlängern.

IX. Die Finanzierung des Europäischen Patentamts in seiner
Aufbau- und Anlaufzeit durch Beiträge der Mitgliedstaaten

Im vorangegangenen Kapitel konnte gezeigt werden, daß voraussichtlich das Europäische Patentamt mit Hilfe eines Anteils an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente nicht nur den Haushaltsausgleich, sondern darüber hinaus Überschüsse erzielen kann, die ihm eine Rückzahlung der Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit ermöglichen. Es fehlen jetzt noch Überlegungen darüber, nach welchem Beitragsschlüssel die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit aufgebracht werden können.

Aus den vorangegangenen Ausführungen ergibt sich auch, daß es für die Zukunft der Festlegung eines besonderen Beitragschlüssels nicht bedarf. Der variable Anteil des Europäischen Patentamts an den Einnahmen der Mitgliedstaaten aus den erteilten europäischen Patenten kann die Funktion eines Beitragschlüssels übernehmen. Grundlage für die Beitragsleistung eines Staats sind dann seine Einnahmen aus den erteilten europäischen Patenten. Diese Art der Beitragsbemessung erscheint erwägenswert.

Die Einnahmen der Mitgliedstaaten aus den erteilten europäischen Patenten, die sich einerseits aus der Zahl der für sie erteilten Patente und andererseits aus der Höhe ihrer Jahresgebühren ergeben, scheinen daher in der Zukunft eine mögliche Basis für die Bemessung der an das Europäische Patentamt abzuführenden Leistungen der Mitgliedstaaten zu sein. Diese Leistungen wären durch einen für alle Staaten gleichen Prozentsatz ihrer Einnahmen aus erteilten europäischen Patenten festzusetzen. Falls dem Europäischen Patentamt außergewöhnliche Ausgaben bevorstehen, könnte dieser Prozentsatz vorübergehend erhöht, falls sich Überschüsse angesammelt haben, vorübergehend gesenkt werden.

Obwohl in dieser Weise ein geeigneter Beitragsschlüssel für die Zukunft gefunden werden kann, fehlt jedoch zunächst ein vorläufiger Schlüssel, d.h. ein Vorveranlagungsschlüssel, für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit, d.h. für die ersten 20 Jahre nach Eröffnung des Europäischen Patentamts. Diese Kosten erreichen nach Anlage 25, Spalte 4, folgende Beträge:

für die Zeit vor Eröffnung des Europäischen Patentamts (ausgewiesen als Jahr 0)	20	528 000	\$
für das 1. Haushaltsjahr	12	453 000	\$
" " 2. "	11	378 000	\$
" " 3. "	9	959 000	\$
" " 4. "	8	664 000	\$
" " 5. "	7	243 000	\$
" " 6. "	5	130 000	\$
" " 7. "	3	058 000	\$
" " 8. "	1	231 000	\$
" " 9. "		85 000	\$
insgesamt	79	729 000	\$
		=====	

Diese Summen müssen zunächst einmal aufgebracht werden, auch wenn es möglich sein wird, sie später mit Hilfe des Anteils des Europäischen Patentamts an den Einnahmen der Mitgliedsstaaten aus erteilten europäischen Patenten zurückzuerstatten.

Für die Aufbringung dieser Mittel müßte daher nach einem anderen Beitragsschlüssel gesucht werden.

Bestimmte Beitragsschlüssel dürften von vornherein als ungeeignet ausscheiden, wie etwa der Beitragsschlüssel der BIRPI, aber auch der Beitragsschlüssel des Europarats, der sich nach der Bevölkerungszahl richtet.

Andere Beitragsschlüssel könnten aber in Betracht gezogen werden. Solche Schlüssel wurden in den Anlagen 26 und 27 errechnet und in Anlage 28 einander gegenübergestellt. Der Beitragsschlüssel nach dem Bruttosozialprodukt (Anlage 26 - I.) erscheint weniger geeignet, weil das Sozialprodukt zu einem von Staat zu Staat unterschiedlichen Teil aus Wirtschaftszweigen kommt, die mit dem Patentwesen wenig zu tun haben, wie etwa der Landwirtschaft oder dem Fremdenverkehr. Der Beitragsschlüssel nach der Häufigkeit der Benennung (Anlage 26 - II.) erscheint für die Vorausveranlagung, um die es hier geht, ungeeignet, weil es ein hypothetischer Schlüssel ist. Von den in Anlage 27 zusammengestellten Schlüsseln erscheint der Schlüssel nach den Patenterteilungen ungeeignet, weil er die Staaten mit Registersystem benachteiligt. Es bleiben im Grunde nur die Schlüssel nach der Zahl der Patentanmeldungen und davon dürfte der Schlüssel nach der Gesamtzahl der Anmeldungen (Anlage 27 Spalte 7, beziehungsweise Anlage 28 Spalte 6) am ausgewogensten sein.

In Anlage 29 sind Einzahlungen und Rückerhalt eines Mitgliedstaats für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Dabei wurde der Vorveranlagungsschlüssel nach der Zahl der Gesamt-Patentanmeldungen für das Jahr 1968 gewählt. Dieser Schlüssel führt für die Bundesrepublik Deutschland zu einem Beitragssatz von 19,64%. In der Vorbereitungszeit (Jahr 0) und in den ersten 9 Jahren nach Eröffnung des Europäischen Patentamts müsste die Bundesrepublik Deutschland demnach Einzahlungen von insgesamt 15 658 775 \$ leisten. Diese Einzahlungen könnten vom 10. Jahr an zurückerstattet werden. Unter Einbeziehung des 20. Jahres würden die Rückzahlungen die Summe von 17 251 580 \$ erreichen, also die Einzahlungen bereits übersteigen.

Abschließend muß noch einmal betont werden, daß die Überlegungen in diesem dritten und letzten Teil der Studie in noch stärkerem Maße als die Ausführungen in den beiden ersten Teilen dieser Studie hypothetisch sind. Die Anlagen dieses letzten Teils sind in erster Linie als eine Darstellung von Denkmodellen und Berechnungsmethoden zu verstehen, die von der Arbeitsgruppe überprüft und verbessert werden sollten, bevor mit ihrer Hilfe von der Arbeitsgruppe IV genauere Berechnungen angestellt werden können.

X. Zusammenfassung der Studie

Aufgabe der Arbeitsgruppe I ist es, Grundlagen für die Finanzplanung für ein Europäisches Patentamt zu erarbeiten und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe IV zur Verfügung zu stellen.

In dieser Studie wurde Material zusammengestellt, das es der Arbeitsgruppe I erleichtern soll, Zahlenwerte zu schätzen, die die Arbeitsgruppe IV ihren Berechnungen zugrundelegen kann. Es war in dieser Studie nicht immer möglich, Überlegungen aus dem Bereich des Patentwesens im engeren Sinne von Überlegungen aus dem Bereich des Finanzwesens klar zu trennen. Für die Arbeitsgruppe I dürfte es aber ausreichen, wenn sie diejenigen Überlegungen aus dieser Studie überprüft, die dem Patentwesen, also dem Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe I, zuzuordnen sind. Aus diesen Überlegungen wären dann entsprechende Empfehlungen für die Arbeitsgruppe IV herzuleiten. Die weitere Arbeit kann der Arbeitsgruppe IV und, soweit es sich um Personalangelegenheiten handelt, der Arbeitsgruppe III überlassen bleiben.

Die Arbeitsgruppe I sollte dementsprechend auf ihrer Sitzung vom 1. bis zum 3. April 1970 vor allem in den nachfolgenden, nach der Gliederung dieser Studie geordneten Fragen zu einer Meinungsbildung und zu einer Empfehlung für die Arbeitsgruppe IV bzw. die Arbeitsgruppe III kommen:

- I.1. Mit wie viel Patentanmeldungen ist bei einem Mitte der 70er Jahre zu eröffnenden Europäischen Patentamt zu rechnen, unter der Voraussetzung, daß die nationalen Patentämter fortbestehen und in Europa somit die Möglichkeit besteht, auch auf rein nationaler Ebene Patentschutz zu erlangen?

Materialien:

Studie, Seite 4 bis 7;

Anlage 1.

2. Wie viele Prüfer werden zur Erledigung dieser Anmeldung auf Grund des gegenwärtig im Vorentwurf vorgesehenen Verfahrens benötigt? Die Arbeitsgruppe kann diese Frage entsprechend Artikel 88 Absatz 2 des Vorentwurfs für Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit verschiedener Antragsdauer (2-5-7 Jahre) gesondert beantworten.

Materialien:

Studie, Seite 7 bis 12;

Anlage 2.

- II. Welche Empfehlungen kann die Arbeitsgruppe - ausgehend von der ermittelten Prüferzahl - den Arbeitsgruppen III und IV bezüglich der Zusammensetzung des Gesamtpersonals eines Europäischen Patentamts geben? Hierbei wäre insbesondere zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- (a) Wie viel Patentabteilungen und dementsprechend wie viel Vorsitzende sollen vorgesehen werden?
- (b) Wie viele Beschwerdekammern sollen vorgesehen werden?
- (c) Wie viele Beamte des höheren technischen Dienstes sollen für andere Aufgaben als die Patentprüfung vorgesehen werden, insbesondere für Aufgaben der Klassifikation und der Dokumentation?

Materialien:

Studie, Seite 12;

Anlage 3.

- III .1. Da es Aufgabe der Arbeitsgruppe III ist, Vorschläge zur Prüferbesoldung und davon ausgehend zur Besoldung des übrigen Personals zu machen, braucht die Arbeitsgruppe hierzu keine Stellung zu nehmen.

Materialien:

Studie, Seite 13 bis 14;

Anlagen 5 bis 9.

2. Die Sachausgaben eines Europäischen Patentamts sind in diese Studie nur einbezogen worden, um das etwaige Volumen des Haushalts eines Europäischen Patentamts und die Möglichkeiten, zu einem Ausgleich des Haushalts zu gelangen, darstellen zu können. Die Schätzung dieser Ausgaben gehört zum Aufgabenbereich der Arbeitsgruppe IV. Die Arbeitsgruppe braucht hierzu keine Stellungnahme abzugeben.

Materialien:

Studie, Seite 14;
Anlage 10.

- IV.1. a) Welche Verfahrensgebühren können zunächst - endgültige Festsetzung in der Gebührenordnung vorbehalten - einer Finanzplanung zugrunde gelegt werden?
- b) Welcher Aufbringungsschlüssel (vgl. Anlage 14 Sp. 2) ist dafür anzunehmen? Der Aufbringungsschlüssel hängt von der Dauer der Antragsfrist (Art. 88) ab.

Materialien:

Studie, Seite 16 bis 18;
Anlagen 11 bis 14.

2. a) Welche Jahresgebühren für europäische Patentanmeldungen können zunächst - endgültige Festsetzung in der Gebührenordnung vorbehalten - der Finanzplanung zugrunde gelegt werden?
- b) Welcher Aufbringungsschlüssel (vgl. Anlage 18 Sp. 2) ist dafür anzunehmen? Der Aufbringungsschlüssel hängt von der Dauer der Antragsfrist (Art. 88) ab.

Materialien:

Studie, Seite 18 bis 21;
Anlagen 15 bis 18

- V.1. a) Soll die Benennungsgebühr entsprechend der Regelung in PCT als eine dem Europäischen Patentamt unmittelbar zustehende Gebühr in die Verfahrensgebühren einbezogen oder als eine den benannten Mitgliedstaaten zustehende Gebühr in den Haushalt eingegliedert werden?
- b) Welcher Satz soll für die Benennungsgebühr - endgültige Festsetzung in der Gebührenordnung vorbehalten - der Finanzplanung zugrunde gelegt werden?
- c) Mit der Einnahme von wie viel Benennungsgebühren kann das Europäische Patentamt jährlich rechnen?

Materialien:

Studie, Seite 21 bis 23;

Anlage 22 (Schätzung der Häufigkeit der Benennung).

2. Eine Einbeziehung der besonderen Organe des 2. Übereinkommens in die Finanzplanung erscheint im gegenwärtigen Augenblick nicht erforderlich, da davon ausgegangen werden kann, daß die EWG-Staaten die Kosten dieser Organe voll erstatten.

VI. Aus der Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts (Anlage 19) ergeben sich keine Fragen, zu denen die Arbeitsgruppe Stellung nehmen sollte, da diese Skizze nur eine Zusammenstellung der einzelnen Einnahmen- und Ausgabenschätzungen darstellt.

VII. Soll die Arbeitsgruppe IV in ihren Berechnungen auch den Fall eines stufenweisen Aufbaus des Europäischen Patentamts berücksichtigen?

Welcher Umfang und welche Zeitabstände sollen dabei für die einzelnen Stufen angenommen werden?

Materialien:

Studie, Seite 27 und 28;
Anlagen 21 und 22.

- VIII. Wie bereits in der Vorbemerkung zu Artikel 129 (119) zum Ausdruck gebracht ist, kann das Europäische Patentamt seinen Normalhaushalt nur mit Hilfe eines Anteils an den Einnahmen der Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente ausgleichen.

Können von seiten der Arbeitsgruppe I Anhaltspunkte für eine Berechnung der Einnahmen der Mitgliedstaaten an Jahresgebühren für erteilte europäische Patente gegeben werden?

Materialien:

Studie, Seite 23 bis 25 und 29 bis 37;
Anlagen 23 bis 25.

- IX. Kann die Arbeitsgruppe I aus der Sicht des Patentwesens der Arbeitsgruppe IV Empfehlungen für die Wahl eines Beitragsschlüssels geben?

Erscheint es zweckmäßig, zwischen einem Beitragschlüssel für die Zukunft und einem Vorveranlagungsschlüssel für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit zu unterscheiden?

Materialien:

Studie, Seite 38 bis 41;
Anlagen 24 bis 29.

Es ist der Arbeitsgruppe selbstverständlich vorbehalten, von einer Beantwortung einzelner dieser Fragen abzusehen oder auch zu nicht genannten Fragen Stellung zu nehmen.

- Sekretariat -

A N L A G E N 1 bis 10

zur Studie des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I über Grundlagen der Finanzplanung
für ein Europäisches Patentamt

Übersicht über die Anlagen der Kapitel I bis III

- Anlage 1: Auszug aus den BIRPI-Statistiken für das Jahr 1968
- Anlage 2: Errechnung des Bedarfs an Prüfern
- Anlage 3: Zahl und Zusammensetzung des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts bei einem Bedarf von 390 Prüfern
- Anlage 4: Verhältnis der Laufbahngruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 5: Aufgliederung der Bediensteten des Europäischen Patentamts auf die einzelnen Besoldungsgruppen
- Anlage 6: Verhältnis der Besoldungsgruppen des Europäischen Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 7: Währungsparitäten
- Anlage 8: Übersicht über die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- Anlage 9: Berechnung der Bezüge der Bediensteten des Europäischen Patentamts
- Anlage 10: Einmalige Erstausrüstung der laufenden Ausgaben eines Europäischen Patentamts bei einem Personal von 1320 Personen

A u s z u g

aus den BIRPI-Statistiken für das Jahr 1968 (Patente Tabelle I b)
 Industrial Property / La Propriété industrielle - Dezember 1969, Anlage

Herkunftsland	Höchste	Zweithöchste	Dritthöchste
Zahl der Patentanmeldungen im Jahre 1968 in den Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz unter Angabe des ICIREPAT-Ländercode 1) des Bestimmungslandes			
<u>Mitgliedstaaten der</u> <u>Regierungskonferenz</u>			
Bundesrepublik Deutschland	9 444 FR	7 085 GB ²⁾	5 855 IT
Großbritannien	4 074 DT	3 790 FR	2 468 IT
Frankreich	3 200 DT	2 777 GB	2 544 IT
Schweiz	2 474 DT	2 272 FR	1 884 GB
Niederlande	1 413 DT	1 278 FR	933 BE
Italien	1 341 FR	1 032 DT	874 GB
Schweden	1 066 DT	954 GB	803 FR
Belgien	660 FR	471 NL	408 DT
Österreich	599 DT	336 FR	328 CH
Dänemark ³⁾	355 GB	291 DT	211 FR
Spanien	220 FR	150 IT	125 DT
Norwegen	105 DT	97 GB	54 FR
Irland	56 GB	18 DT	12 FR
Luxemburg	36 DT	35 FR	26 BE
Portugal	19 ES	19 GB	16 FR
Griechenland	12 FR	12 DT	6 GB
Türkei 4)	--	--	--
<u>Mitgliedstaaten insgesamt</u>	25 074	20 617	16 547

Höchste Zweithöchste Dritthöchste
Zahl der Patentanmeldungen im Jahre 1968 in den
Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz unter
Angabe des ICIREPAT-Ländercode 1) des Bestimmungslandes

Herkunftsland

Drittstaaten

USA	13 961 GB	12 083 DT	11 392 FR
Japan	2 360 DT ⁵⁾	2 331 GB	1 715 FR ²⁾
Ostdeutschland	1 413 DT	590 FR	472 GB
Kanada	586 GB	235 DT	223 FR
UdSSR	561 DT	542 FR	508 GB
Tschechoslowakei	447 DT	345 GB	312 FR
Australien	249 GB	87 DT	65 FR
Ungarn	151 DT	129 OE	119 FR
Liechtenstein	149 FR	132 CH	122 DT
Südafrika ³⁾	132 GB	54 DT	47 FR
Finnland	101 DT	81 GB	45 FR
Polen	83 DT	79 FR	77 GB
Rumänien	64 DT	63 FR	56 GB
Israel	61 GB	29 DT	23 FR
Neuseeland	46 GB	7 DT	3 IT/NL
Bulgarien	35 FR	30 DT	29 IT
Jugoslawien	28 BE	25 DT	20 OE
Indien	26 GB	17 DT	15 FR
Monaco	25 FR	5 IT	4 GB
Panama	24 GB	15 FR	15 CH
Argentinien	22 DT	20 IT	16 FR
Brasilien	12 DT	12 IT	10 GB
Rhodesien	11 GB	3 DT	2 FR u.a.
Mexiko	9 GB	9 ES	7 DT
Sonstige Drittstaaten	264 GB	104 FR	57 NL
Drittstaaten insgesamt	20 820	17027	15 354
Gesamtsumme	45 894	37 644	31 901

Erläuterungen1) ICIREPAT-Ländercode:

BE = Belgien	GB = Großbritannien
CH = Schweiz	IT = Italien
DK = Dänemark	NL = Niederlande
DT = Bundesrepublik Deutschland	NO = Norwegen
ES = Spanien	OE = Österreich
FR = Frankreich	SF = Finnland
	SW = Schweden

- 2) Diese Zahl ist geschätzt. Großbritannien meldete insgesamt 7 557 Anmeldungen aus der Bundesrepublik und Ostdeutschland. Es wurde unterstellt, daß davon aus Ostdeutschland entsprechend dem Verhältnis in Frankreich (16:1) 472 Anmeldungen stammen.
- 3) Es ist damit zu rechnen, daß innerhalb Skandinaviens in erster Linie vom nordischen Patent Gebrauch gemacht wird. Daher wurden bei Dänemark aus der Reihenfolge 355 GB, 291 DT, 260 SW, 211 FR, bei Norwegen aus der Reihenfolge 130 SW, 105 DT, 97 GB, 79 DK, 54 FR und bei Finnland aus der Reihenfolge 163 SW, 101 DT, 81 GB, 68 NO, 49 DK, 45 FR nur die nichtskandinavischen Zahlen ausgewählt.
- 4) Für die Türkei stehen keine gesonderten Zahlen zur Verfügung; sie sind in der Summe der sonstigen Drittstaaten enthalten.
- 5) Diese Zahl ist der Statistik des Deutschen Patentamts entnommen.

Auf Grund des Vorentwurfs von 1962

Auf Grund des Vorentwurfs von 1970

I. führen von 100 Patentanmeldungen

	bei aufgeschobener Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jahren	bei aufgeschobener Prüfung mit einer Antragsfrist von 2 Jahren
80 zu einem vorläufigen europäischen Patent; gem. Bericht von 1963 (S.12 unten) entfallen hiervon 35%, ohne daß es zur Stellung eines Antrags auf Prüfung kommt; infolge der aufgeschobenen Prüfung tritt also ein Ausfall von 28 An- meldungen ein; es führen	80 Anmeldungen soweit, daß sie weder bei der Offensichtlichkeitsprü- fung zurückgenommen oder zurück- gewiesen, noch infolge eines un- günstigen Berichts über den Stand der Technik aufgegeben werden; infolge einer Antragsfrist etwa gleicher Dauer wie 1962 tritt ebenfalls ein Ausfall von 28 An- meldungen ein; es führen	80 Anmeldungen wie nebenstehend; infolge einer erheblich kürzeren Antragsfrist als 1962 entfallen nur 6%, ohne daß es zur Stel- lung eines Prüfungsantrages kommt; der Ausfall verringert sich auf 5 Anmeldungen, es führen
52 zur Stellung eines Antrags auf Prüfung; 17 werden in einem Prüfungsver- fahren unter Beteiligung Dritter ausgeschieden; es führen	52 zur Stellung eines Antrags auf Prüfung; 12 werden in einem Prüfungsver- fahren ohne Beteiligung Dritter ausgeschieden; es führen	75 zur Stellung eines Antrags auf Prüfung; 17 werden ausgeschieden; es führen
	40 zur Erteilung eines europäischen Patents; davon führen	58 zur Erteilung eines europäischen Patents; davon führen
	10 zu einem Einspruchsverfahren; 5 werden ausgeschieden; es führen	14 zu einem Einspruchsverfahren; 7 werden ausgeschieden; es führen
35 zu einem endgültigen europä- ischen Patent.	35 endgültig zu einem europäischen Patent.	51 endgültig zu einem europäischen Patent.

II. Daraus ergibt sich, gerechnet auf 100 Anmeldungen,
folgender Arbeitsanfall

Vorentwurf 1962	Vorentwurf 1970	
	7 Jahre	2 Jahre
1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen	1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen	1.) 100 Offensichtlichkeitsprüfungen
2.) 52 Neuheitsprüfungen	2.) 52 Neuheitsprüfungen	2.) 75 Neuheitsprüfungen
	3.) 10 Einspruchsprüfungen	3.) 16 Einspruchsprüfungen

Für diese Arbeitsvorfälle werden an Prüferarbeitszeit
benötigt pro Arbeitsvorgang

gem. Bericht von 1963 (S.17):

- 1.) 0,5 Prüferarbeitstage für eine
Offensichtlichkeitsprüfung
- 2.) 3,0 Prüferarbeitstage für eine
Neuheitsprüfung

davon

- 2,3 Tage des 1. Berichterstatters
0,7 Tage des 2. Berichterstatters

aufgrund neuer Schätzungen:

- 1.) 0,5 Prüferarbeitstage für eine Offensichtlichkeitsprüfung
- 2.) 2,3 Prüferarbeitstage für eine Neuheitsprüfung

davon

- 1,8 Tage des 1. Berichterstatters
0,5 Tage des 2. Berichterstatters

- 3.) 3 Prüferarbeitstage für eine Einspruchsprüfung

davon

- 2,3 Tage des 1. Berichterstatters
0,7 Tage des 2. Berichterstatters

III. Daraus ergibt sich folgender Prüferbedarf

BR/GT I/34d/70
Anlage 2 Blatt 3

Vorentwurf 1962		Vorentwurf 1970	
		7 Jahre	2 Jahre
1.) $100 \times 0,5 = 50$ Tage		1.) $100 \times 0,5 = 50$ Tage	1.) $100 \times 0,5 = 50$ Tage
2.) $52 \times 3 = 156$ Tage		2.) $52 \times 2,3 = 119,6$ Tage	2.) $75 \times 2,3 = 172,5$ Tage
		3.) $10 \times 3 = 30$ Tage	3.) $14 \times 3 = 42$ Tage
100 Anmeldungen erfordern	206 Prüferarbeitstage	199,6 Prüferarbeitstage	264,5 Prüferarbeitstage
daraus ergibt sich bei einer Zugrundelegung von 220 Arbeitstagen pro Prüfer und Jahr auf 100 Anmeldungen ein Bedarf von			
0,94 Prüfern	0,91 Prüfern	1,20 Prüfern	
dies entspricht einer Erledigungsziffer pro Prüfer von			
106,80 Anmeldungen	111,32 Anmeldungen	83,18 Anmeldungen	
bei 40 000 Anmeldungen werden benötigt			
375 Prüfer	359 Prüfer	481 Prüfer	

Zahl und Zusammensetzung
des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts
bei einem Bedarf von 390 Prüfern

Die für das Europäische Patentamt vorgesehenen Beamten wurden in vier Laufbahngruppen (A, B, C und D) eingeteilt, wie dies beispielsweise auch im Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften vorgesehen ist.

A) Beamte der Laufbahngruppe A

I. Leitung des Europäischen Patentamts

1 Präsident

3 Vizepräsidenten, beauftragt mit der Leitung je einer Generaldirektion

1 Kabinettschef

2 Mitarbeiter

7

II. Erste Generaldirektion

(Prüfung, Erteilung und Verwaltung der Patente)

1. Patentabteilungen

Nach der Anlage 2 werden beim Europäischen Patentamt
390 Prüfer benötigt. Der Vorsitzende geht davon aus, daß die
Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen verwaltungsmäßig zu Patent-
abteilungen zusammengefaßt werden und daß eine Patentabteilung

Übertrag:

7

Übertrag:

7

15 Prüfer umfaßt. Dementsprechend würden für die Patentabteilungen 26 Vorsitzende erforderlich. Für alle Patentabteilungen würden also an Beamten der Kategorie A insgesamt erforderlich

416

2. Patentverwaltungsabteilung ¹⁾

1 Abteilungsleiter

2 juristische Mitarbeiter

3

III. Zweite Generaldirektion

(Beschwerde- und Nichtigkeitskammern ¹⁾)

9 Kammerpräsidenten

36 Mitglieder

45

IV. Dritte Generaldirektion

(Verwaltung)

1. Abteilung für Haushalt, Personal, Organisation und Allgemeine Dienststellen

1 Abteilungsleiter

1

a) Haushaltsreferat

1 Referatsleiter

2 Mitarbeiter

3

b) Personalreferat

1 Referatsleiter

1 Mitarbeiter

2

Übertrag:

477

¹⁾ Es wird davon ausgegangen, daß die Kosten für diese Organe von den EWG-Staaten vergütet werden.

477

Übertrag:

c) Organisationsreferat

1 Referatsleiter

2 Mitarbeiter

3

d) Allgemeine Dienststellen (Annahmestelle, Materialverwaltung usw.)

1 Referatsleiter

1

2. Abteilung für Klassifikation und Dokumentation

1 Abteilungsleiter

1

a) Bibliothek

1 Bibliotheksleiter

1

b) Referat für Klassifikation und Dokumentation

1 Referatsleiter

12 Auszeichner

5 Mitarbeiter

18

Bei der Bemessung dieses Personalbedarfs wurde die Aufgabenteilung zwischen dem Internationalen Patentinstitut und dem Europäischen Patentamt berücksichtigt.

3. Rechtsabteilung

(juristische Abteilung; Teilnahme an den Entscheidungen der Prüfungsabteilungen soweit erforderlich)

1 Abteilungsleiter

12 juristische Mitarbeiter

13

Übertrag

514

Übertrag

514

4. Abteilung Sprachendienst

1 Leiter des Sprachendienstes

47 Übersetzer und Dolmetscher

48

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe A

562

B) Beamte der Laufbahngruppe B

1. a) In den sogenannten Verfahrensabteilungen (Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen, Beschwerde- und Nichtigkeitskammern) im Verhältnis 1 : 6 zu den Beamten der Laufbahngruppe A (461)

77

b) Patentverwaltungsabteilung

15

2. Für die Leitung des Europäischen Patentamts und die Generaldirektion Verwaltung (mit Ausnahme der Abteilung Sprachendienst)

45

3. Für die Abteilung Sprachendienst im Verhältnis 1 : 10 zu den Beamten der Laufbahngruppe A im Sprachendienst (48)

5

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe B

142

C) Beamte der Laufbahngruppe C

1. Schreibdienst

Die Zahl der Schreibkräfte richtet sich nach der Zahl der Beamten der Laufbahngruppe A und B (704).

In einigen nationalen Patentämtern und bei der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dürfte das Verhältnis der Schreibkräfte zu den Beamten 1 : 3 betragen. In anderen nationalen Patentämtern gibt es weniger Schreibkräfte. Im Bericht von 1963 war die damalige Arbeitsgruppe der Auffassung, daß das Verhältnis beim Europäischen Patentamt mindestens 1 : 4 betragen müsse.

Danach ergibt sich ein Bedarf an Schreibkräften von

176

2. a) Registratur der sogenannten Verfahrensabteilungen

Es sollte auf jeden Beamten der Laufbahngruppe B in den Verfahrensabteilungen ein Registrator entfallen. Auch wenn im Europäischen Patentamt das moderne System der Großregistratur für alle Verfahrensabteilungen gemeinsam oder jedenfalls für die einzelnen Patentabteilungen und die Gesamtheit der Beschwerde- und Nichtigkeitskammern eingeführt werden sollte, dürfte eine Verminderung des Verhältnisses 1 : 1 kaum erzielt werden können.

Entsprechend der Zahl der Beamten der Laufbahngruppe B in den Verfahrensabteilungen (77) werden auch 77 Registratoren vorgeschlagen

77

b) Registratur der Patentverwaltungsabteilung

7

3. Registratur der Verwaltung, Bürohilfsdienst, insbesondere in der Vorprüfungsabteilung, Bibliothekshilfsdienst, Kassendienst, Fernsprechdienst, Hausverwaltung und Vorzimmerdienst.

Übertrag:

260

Übertrag:

260

Da die Verwaltungsdienststellen des Europäischen Patentamts mit modernen Büromaschinen und Büromitteln ausgestattet sein werden, dürfte die Zahl der für die Verwaltungsdienststellen benötigten Beamten der Laufbahngruppe C verhältnismäßig niedrig geschätzt werden können.

Vorgeschlagene Zahl

210

4. Abteilung Sprachendienst

In der Abteilung Sprachendienst dürften etwa 5 Beamte der Laufbahngruppe C benötigt werden

5

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe C

475

D) Beamte der Laufbahngruppe D

Es wird folgender Bedarf an Beamten der Laufbahngruppe D für das Europäische Patentamt geschätzt:

Botendienst

30

Vervielfältigungsdienst

26

Hausarbeiter, Fahrer und Pförtner

40

Dokumentation

10

Hilfspersonal der Allgemeinen Dienststellen
(einschließlich Aktenlagerung)

35

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe D

141

(Bemerkung: Die Gebäudereinigung sollte durch ein Reinigungs-
institut erfolgen.)

Gesamtzahl der erforderlichen Beamten des Europäischen
Patentamts

1 320
=====

Verhältnis der Laufbahngruppen des Europäischen Patentamts
im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Laufbahngruppe	<u>Europäisches Patentamt</u> (Ohne Sprachendienst)		<u>Kommission der Europäischen Gemeinschaften</u> (Ohne Sprachendienst)	
	Anzahl der Stellen	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen	Anzahl der Stellen 1969	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen
A (Höherer Dienst)	514	40,7 v.H.	1363	30,8 v.H.
B (Gehobener Dienst)	137	10,9 v.H.	911	20,6 v.H.
C (Mittlerer Dienst)	470	37,2 v.H.	1898	42,9 v.H.
D (Einfacher Dienst)	141	11,2 v.H.	254	5,7 v.H.
Zusammen	1262	100 v.H.	4426	100 v.H.
	<u>Sprachendienst des Europäischen Patentamts</u>		<u>Sprachendienst der Kommission der Europäischen Gemeinschaften</u>	
	Anzahl der Stellen	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen beim Europäischen Patentamt	Anzahl der Stellen 1969	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
	58	4,4 v.H.	487	9,9 v.H.
Stellen insgesamt	1320		4910	-

Aufgliederung der Bediensteten des
Europäischen Patentamts auf die einzelnen Besoldungsgruppen

Laufbahn- und Besoldungs- gruppe	Amtsbezeichnung	Anzahl der Dauerplanstellen nach Aufbau des Europäischen Patentamts		
		ohne Sprachendienst	mit Sprachdienst	Zusammen
A 1 mit Zulage	Präsident	1	-	1
A 2 mit Zulage	Vizepräsidenten	3	-	3
A 2	Kammerpräsidenten, Kabinettschef	10	-	10
A 3	Kammermitglieder, Vorsitzende der Patentabteilungen, Abteilungsleiter	66	1	67
A 4	} Prüfer, juristische Mitarbeiter und sonstige Mitarbeiter mit akademischer Ausbildung	128	7	135
A 5		127	16	143
A 6		127	13	140
A 7		52	11	63
A 8		-	-	-
Laufbahngruppe A zusammen		514	48 ¹⁾	562
B 1	Amtsrat	38	1	39
B 2	Hauptinspektor	38	1	39
B 3	Hauptinspektor	43	3	46
B 4	Inspektor	18	-	18
B 5	Inspektor	-	-	-
Laufbahngruppe B zusammen		137	5	142

1) Aufgliederung entspricht Schlüssel der Besoldungsgruppen A 3 — A 7
bei den Europäischen Gemeinschaften 1969 (1 : 15 : 33 : 28 : 23).

Laufbahn- und Besoldungs- gruppe	Amtsbezeichnung	Anzahl der Dauerplanstellen nach Aufbau des Europäischen Patentamts		
		ohne Sprachendienst	mit	Zusammen
C 1	Hauptsekretär	71	1	72
C 2	Sekretär	117	1	118
C 3	Sekretär	235	3	238
C 4	Assistent	42	-	42
C 5	Assistent	5	-	5
Laufbahngruppe C zusammen		470	5	475
D 1	Amtsmeister	71	-	71
D 2	Hauptamtsgehilfe	56	-	56
D 3	Hauptamtsgehilfe	14	-	14
D 4	Amtsgehilfe	-	-	-
Laufbahngruppe D zusammen		141	-	141
Insgesamt		1262	58	1320

=====

Verhältnis der Besoldungsgruppen des Europäischen
Patentamts im Vergleich zur Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Laufbahn- und Besoldungsgruppe; 1) Amtsbezeichnung	<u>Europäisches Patentamt</u>		<u>Kommission der Europäischen Gemeinschaften</u>	
	(Ohne Sprachendienst)		(Ohne Sprachendienst)	
	Anzahl der Stellen	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen der Laufbahngruppe	Anzahl der Stellen 1969	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen der Laufbahngruppe
A1-mit Zulage Präsident/Generaldirektor	1	-	23	-
A2-mit Zulage Vizepräsidenten/-	3	-	-	-
A2-Kammerpräsidenten, Kabinettschef/Direktor	10	2 v.H.	96	7,1 v.H.
A3-Kammermitglieder, Vorsitzende der Patentabteilungen, Abtei- lungsleiter/Abteilungsleiter	66	13 v.H.	253	18,9 v.H.
A4-Prüfer/Hauptverwaltungsrat	128	25 v.H.	312	23,3 v.H.
A5-Prüfer/Hauptverwaltungsrat	127	25 v.H.	340	25,4 v.H.
A6-Prüfer/Verwaltungsrat	127	25 v.H.	178	13,3 v.H.
A7-Prüfer/Verwaltungsrat	52	10 v.H.	161	12,0 v.H.
A8-Prüfer/Verwaltungsreferendar	-	-	-	-
Laufbahngruppe A zusammen (ohne Präsident und Vizepräsidenten)	510	100 v.H.	1340	100 v.H.

1) In dieser Spalte sind zuerst die für das Europäische Patentamt angenommenen Amtsbezeichnungen und nach dem Strich die Amtsbezeichnungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften angegeben.

Laufbahn- und Besoldungsgruppe; Amtsbezeichnung	<u>Europäisches Patentamt</u> (Ohne Sprachendienst)		<u>Kommission der Europäischen Gemeinschaften</u> (Ohne Sprachendienst)	
	Anzahl der Stellen	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen der Laufbahngruppe	Anzahl der Stellen 1969	Anteil an der Gesamtzahl der Stellen der Laufbahngruppe
B 1 - Amtsrat	38	28 v. H.	254	27,9 v.H.
B 2 - Hauptinspektor	38	28 v. H.	257	28,2 v.H.
B 3 - Hauptinspektor	43	31 v. H.	285	31,3 v.H.
B 4 - Inspektor	18	13 v. H.	86	9,4 v.H.
B 5 - Inspektor	-	-	29	3,2 v.H.
Laufbahngruppe B zusammen	137	100 v. H.	911	100 v.H.
C 1 - Hauptsekretär	71	15 v. H.	286	15,1 v.H.
C 2 - Sekretär	117	25 v. H.	464	24,4 v.H.
C 3 - Sekretär	235	50 v. H.	958	50,5 v.H.
C 4 - Assistent	42	9 v. H.	170	9,0 v.H.
C 5 - Assistent	5	1 v. H.	20	1,0 v.H.
Laufbahngruppe C zusammen	470	100 v. H.	1898	100 v.H.
D 1 - Amtsmeister	71	50 v. H.	127	50,0 v.H.
D 2 - Hauptamtsgehilfe	56	40 v. H.	102	40,2 v.H.
D 3 - Hauptamtsgehilfe	14	10 v. H.	25	9,8 v.H.
D 4 - Amtsgehilfe	-	-	-	-
Laufbahngruppe D zusammen	141	100 v. H.	254	100 v.H.

Währungsparitäten

Diese Anlage enthält die Währungsparitäten, die den Berechnungen in den folgenden Anlagen zugrunde gelegt wurden. Die Anlage ist ein Auszug aus einer Tabelle der Deutschen Bundesbank - Vs 801 -, die nach dem Stand vom 27. Oktober 1969 12.00 Uhr die Paritäten wiedergibt, die die einzelnen Staaten mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbart haben.

Land	Währungseinheit (WE)	Abkürzung der WE	US-Dollar-Parität	
			US-Cents für 1 WE	WE für 1 US-\$
Belgien	Belgischer Franc	bfrs	2,00000	50,000000
Bundesrepublik Deutschland	Deutsche Mark	DM	27,32240	3,660000
Dänemark	Dänische Krone	dkr	13,33333	7,500000
Frankreich	Französischer Franc	F	18,00440	5,554190
Griechenland	Drachme	Dr	3,33333	30,000000
Großbritannien	Pfund Sterling	£	240,00000	0,416667
Irland	Irisches Pfund	£	240,00000	0,416667
Italien	Italienische Lira	Lire	0,16000	625,000000
Luxemburg	Luxemburgischer Franc	lfrs	2,00000	50,000000
Niederlande	Holländischer Gulden	hfl	27,62430	3,620000
Norwegen	Norwegische Krone	nkr	14,00000	7,142860
Österreich	Schilling	S	3,84615	26,000000
Portugal	Escudo	Esc	3,47826	28,750000
Schweden	Schwedische Krone	skr	19,33040	5,173210
Schweiz	Schweizer Franken	Fr	22,86850	4,372830
Spanien	Peseta	Ptas	1,42857	70,000000
Türkei	Türkisches Pfund	£	11,11110	9,000000

Ü b e r s i c h t

über die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen
Gemeinschaften

Die Zahlen geben die Bezüge eines verheirateten Beamten mit zwei
schulpflichtigen Kindern, der nicht in seinem Heimatstaat tätig
ist, jeweils in der Anfangs- (a) und Endstufe (b) wieder.

Die Dienstbezüge der Beamten der Kommission der Europäischen Ge-
meinschaften wurden in dieser Übersicht ohne Ansatz einer Steuer
berechnet, da davon ausgegangen wird, daß eine Besteuerung der
Bezüge der Bediensteten des Europäischen Patentamts nicht vorge-
nommen wird.

Besol- dungs- gruppe	Grund- gehalt	Famili- envor- stands- zulage	Kinder- zulage (1 400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 ¹⁾ bfrs je Kind)	Auslands- zulage (16 v.H. von Sp.2 bis 4, minde- stens 2 500 bfrs)	Brutto- Dienst- bezüge (Sp.2 bis 6)	Kranken- kasse (1,5 v.H. von Sp.2, höchstens 1150bfrs) von u.Unfall- versichg. (0,1 v.H. von Sp.2)	Versor- gungs- bei- trag (6 v.H. von Sp.2)	Gesamt- abzüge (Sp.8 und 9)	Netto-Dienstbezüge je Monat (Spalte 7 minus Spalte 10)
a) An- fangs- stufe		(5 v.H. von Sp.2, minde- stens 900 bfrs)								
b) End- stufe										
	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
										\$
L a u f b a h n g r u p p e A										
A 1 a)	74 950	3747,5	2800	1600	13039,6	96137,1	1199,20	4497	5696,20	90440,90
b)	97 450	4872,5	2800	1600	16819,6	123542,1	1247,45	5847	7094,45	116447,65
A 2 a)	65 550	3277,5	2800	1600	11460,4	84687,9	1048,80	3933	4981,80	79706,10
b)	86 800	4340,0	2800	1600	15030,4	110570,4	1236,80	5208	6444,80	104125,60
A 3 a)	53 450	2672,5	2800	1600	9427,6	69950,1	855,20	3207	4062,20	65887,90
b)	78 300	3915,0	2800	1600	13602,4	100217,4	1228,30	4698	5926,30	94291,10
A 4 a)	44 750	2237,5	2800	1600	7966,0	59353,5	716,00	2685	3401,00	55952,50
b)	62 950	3147,5	2800	1600	11023,6	81521,1	1007,20	3777	4784,20	76736,90
A 5 a)	36 500	1825,0	2800	1600	6580,0	49305,0	584,00	2190	2774,00	46531,00
b)	52 600	2630,0	2800	1600	9284,8	68914,8	841,60	3156	3997,60	64917,20
A 6 a)	31 050	1552,5	2800	1600	5664,4	42666,9	496,80	1863	2359,80	40307,10
b)	44 000	2200,0	2800	1600	7840,0	58440,0	704,00	2640	3344,00	55096,00
A 7 a)	26 150	1307,5	2800	1600	4841,2	36698,7	418,40	1569	1987,40	34711,30
b)	33 650	1682,5	2800	1600	6101,2	45833,7	538,40	2019	2557,40	43276,30

1) Als Erziehungszulage werden folgende Pauschalbeträge bewilligt: Für Kinder im Alter von 6-11 Jahren 450 bfrs, im Alter von 11-18 Jahren 625 bfrs, für die im Studium befindlichen Kinder 1250 bfrs. Der Berechnung wurde 1/3 dieser Beträge (775 bfrs, aufgerundet 800 bfrs) zugrunde gelegt.

Besol- dungs- gruppe	Grund- gehalt	Famili- envor- stands- zulage	Kinder- zulage (1 400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 bfrs ¹⁾ je Kind)	Auslands- zulage (16 v.H. von Sp.2 bis 4, minde- stens 2 500 bfrs)	Brutto- Dienst- bezüge (Sp.2 bis 6)	Kranken- kasse (1,5 v.H. von Sp.2, höchstens 1150bfrs) u.Unfall- versichg. (0,1 v.H. von Sp.2)	Versor- gungs- bei- trag (6 v.H. von Sp.2)	Gesamt- abzüge (Sp.8 und 9)	Netto-Dienstbezüge je Monat (Spalte 7 minus Spalte 10)	
	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	\$
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<u>L a u f b a h n g r u p p e B</u>											
B 1 a)	31 050	1552,5	2800	1600	5664,4	42666,9	496,8	1863	2359,8	40307,1	806,14
b)	44 000	2200,0	2800	1600	7840,0	58440,0	704,0	2640	3344,0	55096,0	1101,92
B 2 a)	26 350	1317,5	2800	1600	4874,8	36942,3	421,6	1581	2002,6	34939,7	698,79
b)	36 150	1807,5	2800	1600	6521,2	48878,7	578,4	2169	2747,4	46131,3	922,63
B 3 a)	21 350	1067,5	2800	1600	4034,8	30852,3	341,6	1281	1622,6	29229,7	584,59
b)	29 750	1487,5	2800	1600	5446,0	41083,5	476,0	1785	2261,0	38822,5	776,45
B 4 a)	17 850	900,0	2800	1600	3448,0	26598,0	285,6	1071	1356,6	25241,4	504,83
b)	25 200	1260,0	2800	1600	4681,6	35541,6	403,2	1512	1915,2	33626,4	672,53

¹⁾ siehe Fußnote Blatt 2

Besol- dungs- gruppe	Grund- gehalt	Famili- envor- stands- zulage	Kinder- zulage (1 400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 ¹⁾ bfrs je Kind)	Auslands- zulage (16 v.H. von Sp.2 bis 4, minde- stens 2 500 bfrs)	Brutto- Dienst- bezüge (Sp.2 bis 6)	Kranken- kasse (1,5 v.H. von Sp.2, höchstens 1150bfrs) u.Unfall- versichg. (0,1 v.H. von Sp.2)	Versor- gungs- bei- trag (6 v.H. von Sp.2)	Gesamt abzüge (Sp. 8 und 9)	Netto-Dienstbezüge je Monat (Spalte 7 minus Spalte 10)
a) An- fangs- stufe	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs
b) End- stufe										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

L a u f b a h n g r u p p e C

C 1 a)	18 200	910,0	2800	1600	3505,6	27015,6	291,2	1092	1383,2	25632,4	512,65
b)	24 850	1242,5	2800	1600	4622,8	35115,3	397,6	1491	1888,6	33226,7	664,53
C 2 a)	15 100	900,0	2800	1600	3008,8	23408,0	241,6	906	1147,6	22260,4	445,21
b)	21 400	1070,0	2800	1600	4043,2	30913,2	342,4	1284	1626,4	29286,8	585,74
C 3 a)	13 850	900,0	2800	1600	2808,0	21958,0	221,6	831	1052,6	20905,4	418,11
b)	19 100	955,0	2800	1600	3656,8	28111,8	305,6	1146	1451,6	26660,2	533,20
C 4 a)	12 100	900,0	2800	1600	2528,0	19928,0	193,6	726	919,6	19008,4	380,17
b)	17 000	900,0	2800	1600	3312,0	25612,0	272,0	1020	1292,0	24320,0	486,40
C 5 a)	10 700	900,0	2800	1600	2500,0	18500,0	171,2	642	813,2	17686,8	353,74
b)	12 650	900,0	2800	1600	2616,0	20566,0	202,4	759	961,4	19604,6	392,09

1) siehe Fußnote Blatt 2

Besol- dungs- gruppe	Grund- gehalt	Famili- envor- stands- zulage (5 v.H. von Sp.2, minde- stens 900 bfrs)	Kinder- zulage (1 400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 bfrs ¹⁾ je Kind)	Auslands- zulage (16 v.H. von Sp.2 bis 4, minde- stens 2 500 bfrs)	Brutto- Dienst- bezüge (Sp.2 bis 6)	Kranken- kasse (1,5 v.H. von Sp.2, höchstens 1150bfrs) u.Unfall- versichg. (0,1 v.H. von Sp.2)	Versor- gungs- bei- trag (6 v.H. von Sp. 2)	Gesamt- abzüge (Sp. 8 und 9)	Netto-Dienstbezüge je Monat (Spalte 7 minus Spalte 10)	
	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	\$
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

L a u f b a h n g r u p p e D

D 1 a)	12 750	900,0	2800	1600	2632,0	20682,0	204,0	765	969,0	19713,0	394,26
b)	18 350	917,5	2800	1600	3530,8	27198,3	293,6	1101	1394,6	25803,7	516,07
D 2 a)	11 200	900,0	2800	1600	2500,0	10000,0	179,2	672	851,2	9148,8	182,98
b)	16 100	900,0	2800	1600	3168,0	24568,0	257,6	966	1223,6	23344,4	466,89
D 3 a)	10 100	900,0	2800	1600	2500,0	17900,0	161,6	606	767,6	17132,4	342,65
b)	14 650	900,0	2800	1600	2936,0	22886,0	234,4	879	1113,4	21772,6	435,45

1) siehe Fußnote Blatt 2

Berechnung
der Bezüge der Bediensteten des Europäischen Patentamts

(Berechnungsgrundlage: Bezüge - nach dem Statut der Beamten der Europäischen Gemeinschaften - eines verheirateten Beamten in der dritten Dienstaltersstufe seiner Besoldungsgruppe mit 2 schulpflichtigen Kindern; Anteil der Empfänger der Auslandszulage: $\frac{3}{4}$ der Gesamtzahl)

Besol- Anzahl dungs- der gruppe Stellen			Dienstbezüge für <u>einen</u> Beamten										Dienstbezüge insgesamt jährlich	
<u>ohne mit</u> <u>Auslands-</u> <u>zulage</u>			Grund- gehalt -dritte Dienst- alters- stufe monat- lich	Fami- lien- vor- stands- zulage (5 v.H. von Sp. 4, min- destens 900 bfrs)	Kin- der- zula- ge (1400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 ¹⁾ bfrs je Kind)	Zusammen ohne Auslandszu- lage (Sp.4 bis Sp.7)	Zusammen ohne Auslandszu- lage (Sp.4 bis Sp.7)	Auslandszulage (16 v.H. von Sp. 4 - 6, mindestens 2500 bfrs)	Zusammen mit Auslandszulage	Zusammen mit Auslandszulage	Zusammen mit Auslandszulage	(Sp.2 x Sp.9 + Sp.3 x Sp.13)	
			bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
A 1	-	1	83950	4197,5	2800	1600	92547,5	1110570	14551,6	174619,2	107099,1	1285189,2	1285189,2	
A 2	3	10	74050	3702,5	2800	1600	82152,5	985830	12888,4	154660,8	95040,9	1140490,8	14362398,0	
A 3	17	50	60550	3027,5	2800	1600	67977,5	815730	10620,4	127444,8	78597,9	943174,8	61026150,0	
A 4	34	101	49950	2497,5	2800	1600	56847,5	682170	8839,6	106075,2	65687,1	788245,2	102806545,2	
A 5	36	107	41100	2055,0	2800	1600	47555,0	570660	7352,8	88233,6	54907,8	658893,6	91045375,2	
A 6	35	105	34750	1737,5	2800	1600	40887,5	490650	6286,0	75432,0	47173,5	566082,0	76611360,0	
A 7	16	47	29150	1457,5	2800	1600	35007,5	420090	5345,2	64142,4	40352,7	484232,4	29480362,8	
Zus. A	141	421	373500	18675,0	19600	11200	422975,0	5075700	65884,0	790608,0	488859,0	5866308,0	376617380,4	
B 1	10	29	34750	1737,5	2800	1600	40887,5	490650	6286,0	75432,0	47173,5	566082,0	21322878,0	
B 2	10	29	29150	1457,5	2800	1600	35007,5	420090	5345,2	64142,4	40352,7	484232,4	18243639,6	
B 3	11	35	23750	1187,5	2800	1600	29337,5	352050	4438,0	53256,0	33775,5	405306,0	18058260,0	
B 4	4	14	19950	997,5	2800	1600	25347,5	304170	3799,6	45595,2	29147,1	349765,2	6113392,8	
Zus. B	35	107	107600	5380,0	11200	6400	130580,0	1566960	19868,8	238425,6	150448,8	1805385,6	63738170,4	

- 1) Als Erziehungszulage werden folgende Pauschalbeträge bewilligt: Für Kinder im Alter von 6-11 Jahren 450 bfrs, im Alter von 11-18 Jahren 625 bfrs, für die im Studium befindlichen Kinder 1250 bfrs. Der Berechnung wurde 1/3 dieser Beträge (775, aufgerundet 800 bfrs) zugrunde gelegt.

Besol- Anzahl dungs- der gruppe Stellen			Dienstbezüge für <u>einen</u> Beamten										Dienstbezüge insgesamt jährlich	
<u>ohne mit</u> <u>Auslands-</u> <u>zulage</u>			Grund- gehalt -dritte Dienst- alters- stufe monat- lich	Fami- lien- vor- stands- zulage (5 v.H. von Sp.4, minde- stens 900 bfrs)	Kin- der- zula- ge (1400 bfrs je Kind)	Erzie- hungs- zulage (800 ¹⁾ bfrs je Kind)	Zusammen ohne Auslandszu- lage (Sp.4 bis Sp.7)		Auslandszulage (16 v.H. von Sp. 4 - 6, mindestens 2500 bfrs)		Zusammen mit Auslandszulage		(Sp.2 x Sp.9 + Sp.3 x Sp.13)	
			bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	bfrs	monat- lich	jähr- lich	monat- lich	jähr- lich	bfrs	bfrs
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
C 1	18	54	20100	1005	2800	1600	25505	306060	3824,8	45897,6	29329,8	351957,6	24514790,4	
C 2	29	89	16900	900	2800	1600	22200	266400	3296,0	39552,0	25496,0	305952,0	34955328,0	
C 3	59	179	15350	900	2800	1600	20650	247800	3048,0	36576,0	23698,0	284376,0	65523504,0	
C 4	11	31	13500	900	2800	1600	18800	225600	2752,0	33024,0	21552,0	258624,0	10498944,0	
C 5	1	4	12000	900	2800	1600	17300	207600	2512,0	30144,0	19812,0	237744,0	1158576,0	
Zus.C118	357		77850	4605	14000	8000	104455	1253460	15432,8	185193,6	119887,8	1438653,6	136651142,4	
D 1	18	53	14350	900	2800	1600	19650	235800	2888	34656	22538	270456	18578568	
D 2	14	42	12600	900	2800	1600	17900	214800	2608	31296	20508	246096	13343232	
D 3	3	11	11400	900	2800	1600	16700	200400	2500	30000	19200	230400	3135600	
Zus.D 35	106		38350	2700	8400	4800	54250	651000	7996	95952	62246	746952	35057400	
Ins- ges.	329	991	597300	31360	53200	30400	712260	8547120	109181,6	1310179,2	821441,6	9857299,2	612064093,2	
1320			zuzüglich jährliche Aufwandsentschädigung von je 100000 bfrs ²⁾ für den Präsidenten und die 3 Vizepräsidenten										400000,0	
			insges. bfrs										612464093,2	
			= \$										122492814,9	

1) Siehe Fußnote 1) auf Blatt 2

2) Vorschlag des Vorsitzenden

Einmalige Erstaussstattung und laufende Ausgaben eines Europäischen
Patentamts bei einem Personal von 1320 Personen

Vorbemerkung: Die Ausgaben wurden anhand der Erfahrungssätze geschätzt, die sich aus dem Haushaltsplan der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für das Jahr 1969 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 36 vom 12. Februar 1969 S. 126 ff.) ergeben. Da das Personal des Europäischen Patentamts 27 v.H. des Personals der EWG-Kommission beträgt, wurden dabei die Einzelansätze des Haushalts der EWG-Kommission regelmäßig in Höhe von 27 v.H. für das Europäische Patentamt übernommen. Soweit ein anderer Betrag in Ansatz gebracht wurde, ist dies bei jedem Artikel ausdrücklich vermerkt worden. Die Ausgaben wurden auf volle 1000 \$ auf- oder abgerundet.

Erläuterungen: z.E. = zur Erinnerung

Gesamtübersicht über die Ausgaben

1. Einmalige Erstausrüstung eines Europäischen Patentamts

Geschätzter Betrag

4 000 000 \$
=====

2. Dauerbedarf eines Europäischen Patentamts

Titel I Gehälter; Vergütungen und Kosten bei Dienstantritt,
Ausscheiden aus dem Dienst und Versetzungen
(s. Blatt 3 und 4)

13 589 000 \$

Titel II Gebäude, Material und sonstige Sachausgaben
(s. Blatt 5 - 10)

2 866 000 \$

Gesamtbetrag

16 555 000 \$
=====

TITEL I

BR/GT I/34d/70
Anlage 10 Blatt 3GEHÄLTER; VERGÜTUNGEN UND KOSTEN BEI DIENSTANTRITT,
AUSSCHEIDEN AUS DEM DIENST UND VERSETZUNGEN

KAPITEL II - PERSONAL

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
KAPITEL II			
20	201-203	<u>Beamte und Bedienstete auf Zeit, die eine im Stellenplan vorge-</u> <u>sehene Stelle innehaben</u> - vgl. die Einzelberechnung Anlage 9 -	12 249 000
21	211,212	<u>Versorgungsbezüge</u> - Ruhegehalt, Witwengeld und Waisengeld. Der Ansatz beträgt 27 v.H. des auf die Beamten und Bediensteten der Kommission treffenden Teils des Ansatzes der Kommission (1427616 \$)-	385 000
22	221,222	<u>Kranken- und Unfallversicherung</u>	387 000
23	231,232	<u>Sonstige Zulagen und Vergütungen</u> - Geburtenzulagen und Sterbegelder, Fahrkosten anlässlich des Jahresurlaubs-	128 000
24	242-245	<u>Sonstige Bedienstete</u> - Beim Europäischen Patentamt werden voraussichtlich wesentlich weniger sonstige Bedienstete (Hilfskräfte, örtliche Bedienstete, Sonderberater) beschäftigt als bei der Kommission. Es wird geschätzt, daß die Ausgaben für die sonstigen Bediensteten nur 5 v.H. des Ansatzes der Kommission betragen -	117 000
25	-	<u>Überstunden</u> - Es wird davon ausgegangen, daß wie bei der Kommission für die Bedien- steten der Laufbahngruppe C und D Überstunden bezahlt werden. Da die Bediensteten der Laufbahngruppen C und D 29 v.H. des entsprechenden Personals der Kommission betragen, wurden 29 v.H. des Ansatzes der Kommission angesetzt. -	91 000
KAPITEL II INSGESAMT			13 357 000 =====

KAPITEL III - KOSTEN UND VERGÜTUNGEN BEI DIENSTANTRITT, AUSSCHEIDEN AUS DEM
 DIENST UND VERSETZUNGEN

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
		KAPITEL III	
30	302	<u>Fahrkosten</u> - Der Ansatz beträgt 27 v.H. des um 33 480 \$ für die Fahrkosten der Beamten, die von den vorübergehend anwendbaren Sondermaßnahmen betroffen werden, gekürzten Ansatzes der Kommission. -	9 000
31	312	<u>Einrichtungs-, Wiedereinrichtungs- und Versetzungsbeihilfen</u> - Der Ansatz beträgt 27 v.H. des um 265 625 \$ für die Wiedereinrichtungsbeihilfen der Beamten, die von den vorübergehend anwendbaren Sondermaßnahmen betroffen werden, gekürzten Ansatzes der Kommission. -	26 000
32	322	<u>Umzugskosten</u> - Der Ansatz beträgt 27 v.H. des um 162 200 \$ für die Umzugskosten der Beamten, die von den vorübergehend anwendbaren Sondermaßnahmen betroffen werden, gekürzten Ansatzes der Kommission. -	81 000
33	332	<u>Zeitweilige Tagegelder</u> - Trennungsentschädigung, Beschäftigungsvergütung. -	111 000
34	341	<u>Vergütungen bei Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand, bei Stellenenthebung und bei Entlassung</u>	5 000
KAPITEL III INSGESAMT			232 000 =====
TITEL I INSGESAMT			13 589 000 =====

TITEL II

GEBÄUDE, MATERIAL UND SONSTIGE SACHAUSGABEN

KAPITEL IV - GEBÄUDE

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
KAPITEL IV			
40	-	<u>Mieten</u> - Es wird davon ausgegangen, daß das Europäische Patentamt in einem einzigen Dienstgebäude untergebracht wird. Es wird daher eine geringere Miete als die Kommission zu zahlen haben, die in verschiedenen Ländern mehrere Dienstgebäude gemietet hat. Es wird geschätzt, daß die Miete für das Europäische Patentamt ca. 1 000 000 \$, d.h. 18 v.H. des Ansatzes der Kommission beträgt. -	1 000 000
41	-	<u>Versicherungskosten</u> - Der Ansatz beträgt wie bei den Mieten nur 18 v.H. des Ansatzes der Kommission. -	6 000
42	-	<u>Wasser, Gas, Strom, Heizung</u> - Der Ansatz beträgt wie bei den Mieten nur 18 v.H. des Ansatzes der Kommission. -	142 000
43	-	<u>Reinigung und Unterhaltung</u> - Der Ansatz beträgt wie bei den Mieten nur 18 v.H. des Ansatzes der Kommission. -	195 000
44	-	<u>Herrichtung der Diensträume</u> - Der Ansatz beträgt wie bei den Mieten nur 18 v.H. des Ansatzes der Kommission. -	34 000
45	-	<u>Sonstige laufende Sachausgaben</u> - Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren, Beschilderungsmaterial, Überwachung der Gebäude. Der Ansatz beträgt wie bei den Mieten nur 18 v.H. des Ansatzes der Kommission. -	14 000
KAPITEL IV INSGESAMT			1 391 000 =====

KAPITEL V - MOBILIAR, MATERIAL, TECHNISCHE ANLAGEN: UNTERHALTUNG UND
ERSATZBESCHAFFUNG

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
KAPITEL V			
50	-	<u>Ersatzbeschaffung von Büromaschinen</u>	8 000
51	-	<u>Ersatzbeschaffung von Mobiliar</u>	4 000
52	-	<u>Ersatzbeschaffung von Material und technischen Anlagen</u> - Fernsprech- und Tonbandgeräte, Vervielfältigungsmaschinen. -	27 000
53	-	<u>Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen</u>	14 000
54	541, 543,544	<u>Mieten</u> - Der Ansatz beträgt 27 v.H. des Ansatzes der Kommission für die Miete von Büromaschinen bei unvorhergesehenem Bedarf, die Mietkosten für Lochkartenanlagen einschließlich der Beschaffung des notwendigen Arbeitsmaterials sowie die Benutzung von Taxen und Mietwagen in Brüssel und Luxemburg (836 500 \$). -	226 000
55	551-554	<u>Unterhaltung, Benutzung und Instandsetzung</u>	74 000
KAPITEL V INSGESAMT			<u>353 000</u> =====

KAPITEL VI - LAUFENDE SACHAUSGABEN

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
KAPITEL VI			
60	601 -603	<u>Papier- und Bürobedarf</u>	292 000
61	611,612	<u>Postgebühren, Fernmeldegebühren und Zustellungskosten</u>	394 000
62	621-629	<u>Verschiedene Sachausgaben</u> - Vorstellungsreisen; Übersetzungs-, Schreib- und ähnliche Arbeiten außerhalb des Hauses; Dienstkleidung; Sprachkurse und berufliche Weiterbildung; Kleinausgaben. -	129 000
KAPITEL VI INSGESAMT			<u>815 000</u> =====

KAPITEL VII - AUSGABEN FÜR EMPFÄNGE UND FÜR REPRÄSENTATIONSZWECKE

KAPITEL VIII - DIENSTREISE UND FAHRKOSTEN

KAPITEL IX - AUSGABEN FÜR SITZUNGEN, EINBERUFUNGEN, FORTBILDUNGSaufenthalte

Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
KAPITEL VII	
- Es wird geschätzt, daß die Ausgaben nur 10 v.H. des Ansatzes der Kommission betragen. -	21 000 =====
KAPITEL VIII	
- Es wird geschätzt, daß die Ausgaben nur 10 v.H. des Ansatzes der Kommission betragen. -	180 000 =====
KAPITEL IX	
- Es ist nicht abzusehen, ob das Europäische Patentamt Mittel für diesen Zweck benötigen wird. -	z.E. =====

KAPITEL X - AUSGABEN FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN UND FÜR DIE UNTERRICHTUNG DER
 ÖFFENTLICHKEIT

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz §
		KAPITEL X	
100	1001	<u>Druckkosten der Offenlegungs- und Patentschriften</u> - Die Druckkosten werden in voller Höhe durch Beiträge gedeckt. Für den vorliegenden Zweck ist daher ein Ansatz nicht vor- gesehen worden.-	z.E.
101	-	<u>Amtsblatt und Europäisches Patentblatt</u> - Die Herstellungskosten werden in voller Höhe durch Bezugspreise gedeckt. Für den vorliegenden Zweck ist daher ein Ansatz nicht vorgesehen worden. -	z.E.
102	1021	<u>Ausgaben für die Unterrichtung der Öffentlichkeit</u> - Aus dem Ansatz sollen die Kosten der Aufklärung der Öffentlich- keit über die Aufgaben und Ziele des Europäischen Patentamts gedeckt werden. (Merkblätter für Patentanmelder, Anmeldebe- stimmungen etc.) -	17 000
KAPITEL X INSGESAMT			<u>17 000</u> =====

KAPITEL XI - SOZIALAUSGABEN

Artikel	Posten	Bezeichnung der Ausgaben	Ansatz \$
		KAPITEL XI	
110	-	<u>Außerordentliche Beihilfen</u> - Für Bedienstete, die sich in einer besonders schwierigen sozialen Lage befinden. -	6 000
111	-	<u>Personalklubs</u>	24 000
112	-	<u>Kasino</u> - Instandhaltung und Instandsetzung des vorhandenen Materials; Ersatzbeschaffung und Neuerwerb von Küchengerät. -	16 000
113	-	<u>Behandlungsräume</u> - Für den ärztlichen Behandlungssaal, für Verbände und Medikamente, für Arzthonorare, insbesondere anlässlich der ärztlichen Untersuchung des gesamten Personals (vgl. Artikel 59 Abs. 4 des EWG-Personalstatuts). -	16 000
114	-	<u>Sonstige Aufwendungen</u> - Für kulturelle und sportliche Betätigung der Bediensteten und Beziehungen beruflicher Art. -	27 000
		KAPITEL XI INSGESAMT	89 000 =====
		TITEL II INSGESAMT	2 866 000 =====

- Sekretariat -

A N L A G E N 11 bis 22

zur Studie des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I über Grundlagen der Finanzplanung
für ein Europäisches Patentamt

Übersicht über die Anlagen der Kapitel IV bis IX

- Anlage 11: Übersicht über die nach dem Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren vorgesehenen Gebühren
- Anlage 12: Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz
- Anlage 13: Der Studie zugrundegelegte Sätze der Verfahrensgebühren
- Anlage 14: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Verfahrensgebühren
- Anlage 15: Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz
- Anlage 16: Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung
- Anlage 17: Berechnung der Quote der europäischen Patentanmeldungen, für die die Zahlung von Jahresgebühren an das Europäische Patentamt erwartet werden kann
- Anlage 18: Einnahmen des Europäischen Patentamts an Jahresgebühren
- Anlage 19: Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts
- Anlage 20: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts bei sofortiger voller Eröffnung bis zur Erreichung des Normalhaushalts
- Anlage 21: Einnahmen des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus
- Anlage 22: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts während eines stufenweisen Aufbaus bis zur Erreichung des Normalhaushalts

Ü b e r s i c h t

über die nach dem Vorentwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patent-
erteilungsverfahren vorgesehenen Gebühren

Gebühren	Vorschrift des Vorentwurfs neue (alte) Artikel Nr.	Bedeutung der Ge- bühr für die Schät- zung der Einnahmen des Europäischen Patentamts
1. Anmeldegebühr, mit der abgegolten werden sollen	Art. 66 (68) Abs. 3 (2)	
a) die Bearbeitung der europäischen Patentan- meldung bis zum Beginn der Neuheitsprüfung		berücksichtigt
b) die Druckkosten für die Veröffentlichung gemäß Artikel 85 (86a)		neutral
2. Benennungsgebühr	Art. 67 (68a) Abs. 2	berücksichtigt
3. Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik	Art. 79 (78) Abs. 1	neutral
4. Gebühr für die Einholung eines zusätzlichen Be- richts über den Stand der Technik	Art. 79 (78) Abs. 5 (3) Art. 82 (81) Abs. 3 Art. 93 (94) Abs. 2 (3) Art. 113 (110) Abs. 3	neutral
5. Prüfungsgebühr	Art. 88 Abs. 2	berücksichtigt
6. Jahresgebühren für die europäische Patentanmel- dung für das 3. und jedes weitere Jahr, gerech- net vom Tag der Anmeldung an	Art. 129 (119) Abs. 1	berücksichtigt
7. Zuschlagsgebühr für die verspätete Zahlung einer Jahresgebühr	Art. 130 (120) Abs. 2	nicht berücksichtigt

Gebühren	Vorschrift des Vorentwurfs neue (alte) Artikel Nr.	Bedeutung der Ge- bühr für die Schät- zung der Einnahmen des Europäischen Patentamts
8. Erteilungsgebühr	Art. 97 (96) Abs. 1	berücksichtigt
9. Gebühr für die Druckkosten der Patentschrift des europäischen Patents	Art. 97 (96) Abs. 1	neutral
10. Gebühr für die Druckkosten einer neuen Patent- schrift des europäischen Patents	Art. 105 (101) Abs. 3	neutral
11. Einspruchsgebühr	Art. 101 (96d) Abs. 1	berücksichtigt
12. Beschwerdegebühr	Art. 111 (108)	berücksichtigt
13. Gebühr für den Antrag auf Eintragung eines Rechtsübergangs an der europäischen Patentan- meldung	Art. 23 (25) Abs. 2 (3)	nicht berücksichtigt
14. Gebühr für den Antrag auf Eintragung der Ertei- lung einer vertraglichen Lizenz an dem europäi- schen Patent	Art. 28 (29) Abs. 2 (3) i.V.m. Art. 23 (25) Abs. 2 (3)	nicht berücksichtigt
15. Gebühr für den Antrag auf Eintragung des Über- gangs einer vertraglichen Lizenz an dem euro- päischen Patent	Art. 28 (29) Abs. 2 (3) i.V.m. Art. 23 (25) Abs. 2 (3)	nicht berücksichtigt
16. Gebühr für die Erteilung eines Auszugs aus dem europäischen Patentregister	Art. 59 (60) Abs. 2	nicht berücksichtigt
17. Gebühr für die Akteneinsicht	... vgl. Art. 23 (25) Abs. 3 (4) Art. 62 (64) Abs. 1	nicht berücksichtigt

Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz

(Berechnungsgrundlage: 17 Blatt Beschreibung mit höchstens 10 Ansprüchen, davon höchstens
5 Unteransprüche, sowie 3 Blatt Zeichnungen DIN A 4)

Gebühren für		Belgien		Bundesrepublik Deutschland		Dänemark		Frankreich		Griechenland	
		bfrs	\$	DM	\$	dkr	\$	F	\$	Dr	\$
die Anmeldung	Grundgebühr	50	1,00	50	13,66	400	53,33	50 ⁴⁾	9,00	100	3,33
	zusätzliche Gebühren	290 ¹⁾	5,80	-	-	-	-	29 ⁵⁾	5,22	-	-
	Insgesamt	340	6,80	50	13,66	400	53,33	79	14,22	100	3,33
die Prüfung		-	-	200 ³⁾	54,66	-	-	-	-	-	-
die Patenterteilung	Grundgebühr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	zusätzliche Gebühren	60 ²⁾	1,20	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	60	1,20	-	-	-	-	-	-	-	-
den Einspruch		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
die Beschwerde		-	-	150	40,98	400	53,33	- ⁶⁾	-	-	-

- 1) 50 bfrs für umfangreichere Unterlagen (5 bfrs für jede Seite Beschreibung von der 11. an und für jedes Blatt der Zeichnungen) und 240 bfrs für Steuermarken auf der 1. Seite der Beschreibung und jedem Blatt der Zeichnungen (je 60 bfrs).
- 2) Für Steuermarke auf dem 1. Blatt der Patenturkunde.
- 3) Ermäßigte Gebühr, wenn vorher Rechercheantrag gestellt ist.
- 4) Ermäßigte Gebühr, wenn Unterlagen für Offsetdruck geeignet sind.
- 5) 14 F für umfangreichere Unterlagen (1 F für jede Seite der Beschreibung oder Zeichnungen von der 7. Seite an) und 15 F für ein in Anspruch genommenes Prioritätsrecht. Für jedes in Anspruch genommene Prioritätsrecht werden 30 F erhoben. Bei der Berechnung wurde davon ausgegangen, daß nur für jede 2. Anmeldung ein Prioritätsrecht in Anspruch genommen wird.
- 6) Gegen die Entscheidungen des Direktors des Nationalen Amts für gewerbliches Eigentum kann Beschwerde zum Appellationsgericht eingelegt werden. Ob die Beschwerde gebührenpflichtig und welche Gebühr ggf. zu entrichten ist, konnte dem französischen Patentgesetz und dem dazu ergangenen Gebührenerlaß nicht entnommen werden.

Gebühren für		Großbritannien		Irland		Italien		Luxemburg		Niederlande	
		£	s.	£	\$	Lire	\$	bfrs	\$	hfl	\$
die Anmel- dung	Grundgebühr	15.0. ¹⁾		10 ⁴⁾	24	2 000	3,20	100	2	120	33,15
	zusätzliche Gebühren	-	-	-	-	1 400 ⁷⁾	2,24	-	-	75 ⁹⁾	20,71
	Insgesamt	15.0.		10	24	3 400	5,44	100	2	195	53,86
die Prüfung		-	-	-	-	-	-	-	-	150	41,44
die Pa- tenter- teilung	Grundgebühr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	zusätzliche Gebühren	3.0. ²⁾		3 ⁵⁾	7,2	400 ⁸⁾	0,64	-	-	-	-
	Insgesamt	3.0.		3	7,2	400	0,64	-	-	-	-
den Einspruch		2.10.		2	4,8	-	-	-	-	100	27,62
die Beschwerde		- 3)		- 6)	-	1 500	2,40	-	-	100	27,62

1) 1 £ für die vorläufige und 14 £ für die endgültige Beschreibung.

2) Für den Antrag auf Siegelung des Patents.

3) Gegen die Entscheidungen des Comptroller kann Beschwerde zum Appeal Tribunal eingelegt werden. Die vom Beschwerdegericht zu erhebenden Gebühren sind aus dem britischen Patentgesetz und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen nicht ersichtlich.

4) 2 £ für die vorläufige und 8 £ für die endgültige Beschreibung.

5) Für die Siegelung des Patents.

6) Gegen die Entscheidungen des Controller kann Beschwerde zum High Court eingelegt werden. Ob die Beschwerde gebührenpflichtig und welche Gebühr ggf. zu entrichten ist, konnte dem Patentgesetz und den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen nicht entnommen werden.

7) 1 000 Lire für die Vollmacht und 400 Lire Stempelgebühr.

8) Stempelgebühr.

9) Nach dem Ablauf von 2 Jahren nach der Anmeldung ist für die Aufrechterhaltung der Anmeldung jährlich eine

Gebühren für		Norwegen		Österreich		Portugal		Schweden		Schweiz	
		nkr	\$	S	\$	Esc	\$	skr	\$	Fr	\$
die Anmel- dung	Grundgebühr	275	38,50	250	9,62	30	1,04	400	77,32	60	13,72
	zusätzliche Gebühren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Insgesamt	275	38,50	250	9,62	30	1,04	400	77,32	60	13,72
die Prüfung		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
die Pa- tenter- teilung	Grundgebühr	-	-	-	-	10 ²⁾	0,35	-	-	-	-
	zusätzliche Gebühren	-	-	-	-	1 ³⁾	0,03	-	-	-	-
	Insgesamt	-	-	-	-	11	0,38	-	-	-	-
den Einspruch		-	-	250	9,62	-	-	-	-	-	-
die Beschwerde		250	35	300 ¹⁾	11,54	- 4)	-	300	57,99	50	11,43

- 1) Beschwerdegebühr im Verfahren ohne Gegenpartei. Sonst wird das Dreifache dieser Gebühr erhoben.
- 2) Für die Ausfertigung des Rechtstitels.
- 3) Stempelgebühr.
- 4) Gegen die Entscheidungen, durch die Patente genehmigt oder abgelehnt werden, ist Beschwerde bei dem Bezirksgericht von Lissabon zulässig. Ob die Beschwerde gebührenpflichtig und welche Gebühr ggf. zu entrichten ist, konnte dem Patentgesetz nicht entnommen werden.

Gebühren für		Spanien		Türkei		Verfahrensgebühren der Mitgliedstaaten
		Ptas	\$	£	\$	\$
die Anmel- dung	Grundgebühr	77	1,10	150	16,67	336,64
	zusätzliche Gebühren	-	-	45 ¹⁾	5,00	38,97
	Insgesamt	77	1,10	195	21,67	375,61
die Prüfung		-	-	-	-	96,10
die Pa- tenter- teilung	Grundgebühr	412	5,89	-	-	6,24
	zusätzliche Gebühren	-	-	-	-	16,27
	Insgesamt	412	5,89	-	-	22,51
den Einspruch		-	-	-	-	48,04
die Beschwerde		-	-	-	-	240,29

1) Stempelgebühr

Der Studie zugrundegelegte Sätze der Verfahrensgebühren

Gebühr für	Für die Schätzung der Einnahmen des Europäischen Pa- tentamts angenom- mene Höhe der Ge- bühr	Bemerkungen
die Anmeldung (ohne Druckkosten- pauschale)	75	Mit der Anmeldegebühr sollen a) die Bearbeitung der europäischen Patentanmeldung bis zum Beginn der Neuheitsprüfung und b) die Druckkosten für die Veröffentlichung gemäß Artikel 85 (86a) abgegolten werden. Für den unter a) genannten Teil der Anmeldegebühr wurde ein Fünftel der z.Z. in den Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz zu zahlenden Gebühren für eine Patentanmeldung (376 \$ s. Anlage 12) in Ansatz gebracht. Die Brutto-Anmeldegebühr könnte unter Berücksichtigung einer Druckkostenpauschale von 25 \$ - Erfahrungssatz des Deutschen Patentamts - auf 100 \$ festgesetzt werden.
den Prüfungsantrag	100	Die vorgeschlagene Höhe der Gebühr entspricht etwa der Summe der Prüfungsgebühren, die z.Z. in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland erhoben werden (41 \$ + 55 \$ s. Anlage 12).
die Patenterteilung	25	In Ansatz gebracht wurde eine Gebühr, die etwa der Summe der z.Z. in den Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz erhobenen Gebühren für die Patenterteilung entspricht (23 \$ s. Anlage 12).
die Beschwerde	100	Die Höhe der Gebühr wurde der Gebühr für den Prüfungsantrag angeglichen. Sie beträgt 40% der Summe der in den Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz ermittelten Gebühren für die Beschwerde (240 \$ s. Anlage 12).
den Einspruch	25	In Ansatz gebracht wurde eine Gebühr, die etwa der Hälfte der z.Z. in den Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz erhobenen Gebühren für den Einspruch entspricht (48 \$ s. Anlage 12).

Einnahmen des Europäischen Patentamts an Verfahrensgebühren

Gebühr für	Anzahl der Gebühren, die auf 100 Patent- anmeldungen ent- fallen	Anzahl der Gebühren bei 40 000 Pa- tentanmeldungen	Höhe der Gebühr \$	Gesamteinnahmen aus der Gebühr (Sp. 3 x Sp. 4)	
1	2	3	4	5a	5b
die Anmeldung (ohne Druckkostenpauschale)	100	40 000	75		3 000 000
den Prüfungsantrag	52	20 800	100	2 080 000	
die Patenterteilung	40	16 000	25	400 000	
die Beschwerde im Prüfungsverfahren	3	1 200	100	120 000	
den Einspruch	10	4 000	25	100 000	
die Beschwerde im Einspruchsverfahren	1	400	100	40 000	
die verspätete Zahlung ei- ner Jahresgebühr und andere nicht berücksichtigte Ge- bühren (s. Anlage 11) - Erinnerungswert				100 000	2 840 000
Einnahmen an Verfahrensgebühren insgesamt					5 840 000 =====

Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz ¹⁾

Jahr nach Anmeldung	Belgien		Bundesrepublik Deutschland		Dänemark		Frankreich		Griechenland	
	bfrs	\$	DM	\$	dkr	\$	F	\$	Dr	\$
1.	100	2	-	-	100	13,33	-	-	-	-
2.	200	4	-	-	100	13,33	30	5,40	150	5,00
3.	300	6	50	13,66	100	13,33	35	6,30	150	5,00
4.	400	8	50	13,66	200	26,67	40	7,20	150	5,00
5.	550	11	80	21,86	200	26,67	45	8,10	150	5,00
6.	700	14	125	34,15	200	26,67	50	9,00	250	8,33
7.	850	17	175	47,81	300	40,00	65	11,70	250	8,33
8.	1 000	20	250	68,31	300	40,00	80	14,40	250	8,33
9.	1 150	23	325	88,80	300	40,00	95	17,10	250	8,33
10.	1 300	26	400	109,29	500	66,67	110	19,80	250	8,33
11.	1 500	30	525	143,44	500	66,67	125	22,51	350	11,67
12.	1 700	34	675	184,43	500	66,67	140	25,21	350	11,67
13.	1 900	38	825	225,41	700	93,33	155	27,91	350	11,67
14.	2 100	42	1 000	273,22	700	93,33	170	30,61	350	11,67
15.	2 300	46	1 175	321,04	700	93,33	185	33,31	350	11,67
16.	2 500	50	1 350	368,85	900	120,00	200	36,01	[450]	15,00
17.	2 700	54	1 525	416,67	900	120,00	215	38,71	[450]	15,00
18.	2 900	58	1 700	464,48	[900]	120,00	230	41,41	[450]	15,00
19.	3 100	62	[1 875]	512,30	[1 100]	146,67	245	44,11	[450]	15,00
20.	3 300	66	[2 050]	560,11	[1 100]	146,67	260	46,81	[450]	15,00
insge- samt	30 550	611	14 155	3867,49	10 300	1373,34	2475	445,60	5850	195,00

¹⁾ In den Fällen, in denen die Patentedauer keine 20 Jahre beträgt, wurden auch für die fehlenden Jahre Beträge eingesetzt. Die Höhe dieser Beträge bemisst sich nach der Staffelung der tatsächlich zu entrichtenden Gebühren.

Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz ¹⁾

Jahr nach Anmeldung	Großbritannien ²⁾		Irland ²⁾		Italien		Luxemburg		Niederlande ³⁾	
	£	\$	£	\$	Lire	\$	lfrs	\$	hfl	\$
1.	-	-	-	-	1 000	1,6	200	4	-	-
2.	-	-	-	-	2 000	3,2	300	6	-	-
3.	-	-	-	-	3 000	4,8	400	8	-	-
4.	-	-	-	-	4 000	6,4	500	10	150	41,44
5.	8	19,2	7	16,8	5 000	8,0	550	11	175	48,34
6.	9	21,6	8	19,2	8 000	12,8	600	12	200	55,25
7.	12	28,8	9	21,6	9 000	14,4	650	13	225	62,15
8.	13	31,2	10	24,0	10 000	16,0	700	14	250	69,06
9.	14	33,6	12	28,8	12 000	19,2	750	15	280	77,35
10.	17	40,8	14	33,6	15 000	24,0	800	16	310	85,64
11.	20	48,0	16	38,4	18 000	28,8	850	17	340	93,92
12.	22	52,8	18	43,2	21 000	33,6	900	18	370	102,21
13.	24	57,6	20	48,0	25 000	40,0	950	19	405	111,88
14.	26	62,4	20	48,0	30 000	48,0	1 000	20	440	121,55
15.	28	67,2	22	52,8	35 000	56,0	1 050	21	475	131,22
16.	30	72,0	22	52,8	[40 000]	64,0	1 100	22	510	140,88
17.	[32]	76,8	[24]	57,6	[45 000]	72,0	1 200	24	550	151,93
18.	[34]	81,6	[24]	57,6	[50 000]	80,0	1 300	26	590	162,98
19.	[36]	86,4	[26]	62,4	[55 000]	88,0	1 400	28	630	174,03
20.	[38]	91,2	[26]	62,4	[60 000]	96,0	1 500	30	670	185,08
insge- samt	363	871,2	278	667,2	448 000	716,8	16 700	334	6570	1814,91

- ¹⁾ In den Fällen, in denen die Patentdauer keine 20 Jahre beträgt, wurden auch für die fehlenden Jahre Beträge eingesetzt. Die Höhe dieser Beträge bemißt sich nach der Staffelung der tatsächlich zu entrichtenden Gebühren.
- ²⁾ Die Jahresgebühren sind für die Jahre nach der Einreichung der endgültigen Beschreibung zu entrichten. Nachdem die endgültige Beschreibung grundsätzlich innerhalb von 12 Monaten einzureichen ist, wurde bei der Berechnung angenommen, daß die erste Gebühr im 5. Jahr nach der Anmeldung zu entrichten ist.
- ³⁾ Die Jahresgebühren sind für die Jahre nach der Erteilung des Patents zu entrichten. Bei der Berechnung wurde angenommen, daß die erste Jahresgebühr im 4. Jahr nach der Anmeldung zu entrichten ist.

Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz ¹⁾

Jahr nach Anmeldung	Norwegen		Österreich ²⁾		Portugal ³⁾		Schweden		Schweiz ⁴⁾	
	nkr	\$	S	\$	Esc	\$	skr	\$	Fr	\$
1.	-	-	-	-	-	-	50	9,67	-	-
2.	-	-	320	12,31	50	1,74	50	9,67	-	-
3.	100	14	320	12,31	50	1,74	100	19,33	80	18,29
4.	150	21	350	13,46	50	1,74	100	19,33	100	22,87
5.	200	28	390	15,00	50	1,74	100	19,33	125	28,59
6.	250	35	450	17,31	50	1,74	150	29,00	150	34,30
7.	300	42	550	21,15	50	1,74	200	38,66	175	40,02
8.	350	49	700	26,92	50	1,74	250	48,33	200	45,74
9.	400	56	900	34,62	50	1,74	300	57,99	250	57,17
10.	450	63	1 100	42,31	50	1,74	350	67,66	300	68,61
11.	500	70	1 400	53,85	50	1,74	400	77,32	350	80,04
12.	600	84	1 800	69,23	50	1,74	450	86,99	400	91,47
13.	700	98	2 300	88,46	50	1,74	500	96,65	475	108,63
14.	800	112	2 800	107,69	50	1,74	550	106,32	550	125,78
15.	900	126	3 800	146,15	50	1,74	650	125,65	625	142,93
16.	1 000	140	4 900	188,46	50	1,74	750	144,98	700	160,08
17.	1 100	154	6 000	230,77	[50]	1,74	850	164,31	800	182,95
18.	[1 200]	168	8 000	307,69	[50]	1,74	[950]	183,64	900	205,82
19.	[1 300]	182	10 000	384,62	[50]	1,74	[1 050]	202,97	[1 000]	228,69
20.	[1 400]	196	[12 000]	461,54	[50]	1,74	[1 150]	222,30	[1 100]	251,55
insge- samt	11 700	1638	58 080	2233,85	950	33,06	8 950	1730,10	8 280	1893,53

- 1) In den Fällen, in denen die Patentdauer keine 20 Jahre beträgt, wurden auch für die fehlenden Jahre Beträge eingesetzt. Die Höhe dieser Beträge bemißt sich nach der Staffelung der tatsächlich zu entrichtenden Gebühren.
- 2) Die Jahresgebühren sind für die Jahre nach der Bekanntmachung der Anmeldung zu entrichten. Bei der Berechnung wurde angenommen, daß die erste Gebühr im 2. Jahre nach der Anmeldung zu entrichten ist.
- 3) Die Jahresgebühren sind für die Jahre nach der Erteilung des Patents zu entrichten. Bei der Berechnung wurde angenommen, daß die erste Gebühr im 2. Jahr nach der Anmeldung zu entrichten ist.
- 4) Gebühren für vorgeprüfte Patente.

Patentjahresgebühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz ¹⁾

BR/GT I/34d/70
Anlage 15 Blatt 4

Jahr nach Anmeldung	Spanien ²⁾		Türkei		Patentjahresge- bühren der Mit- gliedstaaten	25% der Patent- jahresgebühren der Mitgliedstaaten
	Ptas	\$	£	\$	\$	\$
1.	12	0,17	25	2,78	33,55	8
2.	24	0,34	25	2,78	63,77	16
3.	36	0,51	25	2,78	126,05	32
4.	48	0,69	25	2,78	200,24	50
5.	90	1,29	25	2,78	272,70	68
6.	108	1,54	25	2,78	334,67	84
7.	126	1,80	25	2,78	412,94	103
8.	144	2,06	25	2,78	481,87	120
9.	162	2,31	25	2,78	563,79	141
10.	180	2,57	25	2,78	678,80	170
11.	264	3,77	25	2,78	789,91	198
12.	288	4,11	25	2,78	912,11	228
13.	312	4,46	25	2,78	1 073,52	268
14.	336	4,80	25	2,78	1 211,89	303
15.	360	5,14	25	2,78	1 383,96	346
16.	384	5,49	[-25-]	2,78	1 585,07	396
17.	408	5,83	[-25-]	2,78	1 769,09	442
18.	432	6,17	[-25-]	2,78	1 982,91	496
19.	456	6,51	[-25-]	2,78	2 228,22	557
20.	480	6,86	[-25-]	2,78	2 442,04	611
insge- samt	4 650	66,42	500	55,60	18 547,10	4 637

1) In den Fällen, in denen die Patentdauer keine 20 Jahre beträgt, wurden auch für die fehlenden Jahre Beträge eingesetzt. Die Höhe dieser Beträge bemißt sich nach der Staffelung der tatsächlich zu entrichtenden Gebühren.

2) Die Jahresgebühren sind für die Jahre nach der Erteilung des Patents zu entrichten. Nachdem keine amtliche Neuheitsprüfung stattfindet, wurde bei der Berechnung angenommen, daß die erste Gebühr im 1. Jahr nach der Anmeldung zu entrichten ist.

Jahresgebühren für die Aufrechterhaltung der europäischen Patentanmeldung

Jahr nach Anmeldung	25% der Patentjahresge- bühren der Mitgliedstaaten der Regierungskonferenz	Für die Schätzung der Einnahmen des EPA ange- nommene Gebührenstaffel	Jährlicher Steigerungsbetrag
	\$	\$	\$
1.	8	-	-
2.	16	-	-
3.	32	35	-
4.	50	50	15
5.	68	65	15
6.	84	80	15
7.	103	100	20
8.	120	120	20
9.	141	140	20
10.	170	170	30
11.	198	200	30
12.	228	230	30
13.	268	270	40
14.	303	310	40
15.	346	350	40
16.	396	400	50
17.	442	450	50
18.	496	500	50
19.	557	550	50
20.	611	600	50
Insgesamt	4 637	4 620	

Berechnung der Quote der europäischen Patentanmeldungen, für die die Zahlung von Jahresgebühren an das Europäische Patentamt erwartet werden kann

Die Zahlen beziehen sich auf 100 ursprünglich eingereichte Anmeldungen. Der Berechnung ist ein Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jahren zugrunde gelegt.

Patent-jahr	I.Wegfall infolge Prüfungsverfahren			II.Wegfall durch Nichtzahlung der Jahresgebühr u.a. Gründe		Quote der weggefallenen Anmeldungen insgesamt Summe d+f	Quote der noch anhängigen Anmeldungen, für die Jahresgebühren anfallen 100 - g	Patent-jahr
	Stellung des Antrags	Wirksamkeit des Wegfalls	Summe der weggefallenen Anmeldungen nach Spalte c	Nichtzahlung und Wegfall	Summe der weggefallenen Anmeldungen nach Spalte e			
a	b	c	d	e	f	g	h	i
1	25	-	-	5	5	5	95	1
2		-	-	15	20	20	80	2
3	2	-	-	4	24	24	76	3
4	5	25	25	4	28	53	47	4
5	5	2	27	4	32	59	41	5
6	5	5	32	4	36	68	32	6
7	10	5	37	4	40	77	23	7
8	-	5	42	8	48	90	10	8
9	-	10	52	-	48	100	0	9
	52 Prüfungs- anträge insgesamt			48 Anmeldungen entfallen ohne Prü-				

Einnahmen des Europäischen Patentamts an Jahresgebühren

Der Berechnung ist ein Verfahren der aufgeschobenen Prüfung mit einer Antragsfrist von 7 Jahren zugrunde gelegt.

Gebühr für	Anzahl der Gebühren, die auf 100 Patentanmel- dungen ent- fallen	Anzahl der Gebühren bei 40 000 Patentan- meldungen	Höhe der Gebühr \$	Gesamteinnahmen aus der Gebühr (Sp.3 x Sp.4) \$	Summe aller Ge- bühreneinnahmen (Sp.5 addiert) \$
1	2	3	4	5	6
das 3. Patentjahr	76	30 400	35	1 064 000	1 064 000
das 4. Patentjahr	47	18 800	50	940 000	2 004 000
das 5. Patentjahr	41	16 400	65	1 066 000	3 070 000
das 6. Patentjahr	32	12 800	80	1 024 000	4 094 000
das 7. Patentjahr	23	9 200	100	920 000	5 014 000
das 8. Patentjahr	10	4 000	120	480 000	5 494 000

Skizze des Haushalts des Europäischen Patentamts (in US-Dollar)

I. Ausgaben:

1. Ausgaben des EPA ohne besondere Organe

a) Personalausgaben	13 729 000	
b) Sachausgaben	2 799 000	16 528 000

2. Ausgaben für die besonderen Organe des 2.Übereinkommens

516 000

Ausgaben insgesamt

17 044 000 17 044 000

II. Einnahmen:

1. Unmittelbare Einnahmen

a) Anmeldegebühren	3 000 000	
b) Andere Verfahrensgebühren	2 840 000	
c) Jahresgebühren	5 494 000	11 334 000

2. Mittelbare Einnahmen

a) Benennungsgebühren	1 440 000	
b) Vergütung der EWG-Staaten für die besonderen Organe	516 000	
c) Anteil an den Jahresgebühren für das Gemeinschafts- patent der EWG	---	
d) Anteil an den Jahresgebühren, die die übrigen Ver- tragsstaaten für die vom Europäischen Patentamt erteilten Patente einnehmen	---	1 956 000

Einnahmen insgesamt

13 290 000 13 290 000

Defizit3 754 000
=====

Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts bei sofortiger
voller Eröffnung bis zur Erreichung des Normalhaushalts (in US-Dollar)
- ohne besondere Organe -

Jahr	Anmelde- und Benennungs- gebühren	Andere Ver- fahrensge- bühren	Jahresge- bühren für die Anmel- dung	Einnahmen insgesamt	Ausgaben	Haushalts- defizit	Summe der bis zum 8. Jahr zu deckenden De- fizite
1	2	3	4	5	6	7	8
0	-	-	-	-	20 528 000 ¹⁾	20 528 000	20 528 000
1	3 720 000	355 000	-	4 075 000	16 528 000	12 453 000	32 981 000
2	4 440 000	710 000	-	5 150 000	16 528 000	11 378 000	44 359 000
3	4 440 000	1 065 000	1 064 000	6 569 000	16 528 000	9 959 000	54 318 000
4	4 440 000	1 420 000	2 004 000	7 864 000	16 528 000	8 664 000	62 982 000
5	4 440 000	1 775 000	3 070 000	9 285 000	16 528 000	7 243 000	70 225 000
6	4 440 000	2 130 000	4 094 000	10 664 000	16 528 000	5 864 000	76 089 000
7	4 440 000	2 485 000	5 014 000	11 939 000	16 528 000	4 589 000	80 678 000
8	4 440 000	2 840 000	5 494 000	12 774 000	16 528 000	3 754 000 ²⁾	

¹⁾ Dem EPA sollten die Kosten für die Erstausrüstung (4 000 000 \$) und ein voller Haushalt (20 528 000 \$) für die Personal- und Sachausgaben in der Vorbereitungszeit bis zur Eröffnung des EPA zur Verfügung gestellt werden.

²⁾ Mit dem 8. Jahr ist der Normalhaushalt erreicht.

Einnahmen des Europäischen Patentamts während eines
stufenweisen Aufbaus bei Aufbaustufen

BR/GT I/34d/70
Anlage 21

von 10% + 15% + 20% + 25% + 30% im Abstand jeweils von 2 Jahren (in US-Dollar)

Jahr	Stufe	Stufe I 10%	Stufe II 15%	Stufe III 20%	Stufe IV 25%	Stufe V 30 %	Summe der Einnahmen
der Spalte 5 der Anlage 20							
1		2	3	4	5	6	7
1	I	407 500	-	-	-	-	407 500
2		515 000	-	-	-	-	515 000
3	II	656 900	611 250	-	-	-	1 268 150
4		786 400	772 500	-	-	-	1 558 900
5	III	928 500	985 350	815 000	-	-	2 728 850
6		1 066 400	1 179 600	1 030 000	-	-	3 276 000
7	IV	1 193 900	1 392 750	1 313 800	1 018 750	-	4 919 200
8		1 277 400	1 599 600	1 572 800	1 287 500	-	5 737 300
9	V	1 277 400	1 790 850	1 857 000	1 642 250	1 222 500	7 790 000
10		1 277 400	1 916 100	2 132 800	1 966 000	1 545 000	8 837 300
11		1 277 400	1 916 100	2 387 800	2 321 250	1 970 700	9 873 250
12		1 277 400	1 916 100	2 554 800	2 666 000	2 359 200	10 773 500
13		1 277 400	1 916 100	2 554 800	2 984 750	2 785 500	11 518 550
14		1 277 400	1 916 100	2 554 800	3 193 500	3 199 200	12 141 000
15		1 277 400	1 916 100	2 554 800	3 193 500	3 581 700	12 523 500
16		1 277 400	1 916 100	2 554 800	3 193 500	3 832 200	12 774 000

Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts
während eines stufenweisen Aufbaus bis zur Erreichung des Normalhaushalts
(in US-Dollar)

- ohne besondere Organe -

Jahr	Einnahmen aus Anlage 21 Spalte 7	Ausgaben	Haushalts- defizit	Summe der zu deckenden Defizite	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
0	-	12 264 000*)	12 264 000	12 264 000	1) Ausgaben vom Normalhaushalt
1	407 500	2 892 400 ¹⁾	2 484 900	14 748 900	10 % + 1/2 von 15 % = 17,5 %
2	515 000	4 132 000 ²⁾	3 617 000	18 365 900	2) 10 % + 15 % = 25,0 %
3	1 268 150	4 958 400 ³⁾	3 690 250	22 056 150	3) 25 % + 1/2 von 20 % = 30,0 %
4	1 558 900	7 437 600 ⁴⁾	5 878 700	27 934 850	4) 25 % + 20 % = 45,0 %
5	2 728 850	9 503 600 ⁵⁾	6 774 750	34 709 600	5) 45 % + 1/2 von 25 % = 57,5 %
6	3 276 000	11 569 600 ⁶⁾	8 293 600	43 003 200	6) 45 % + 25 % = 70,0 %
7	4 919 200	14 048 800 ⁷⁾	9 129 600	52 132 800	7) 70 % + 1/2 von 30 % = 85,0 %
8	5 737 300	16 528 000 ⁸⁾	10 790 700	62 923 500	8) 70 % + 30 % = 100 %
9	7 790 000	16 528 000	8 738 000	71 661 500	*) Dem EPA sollten bei stufenweisem Aufbau die Kosten der Erstausrüstung (4000000 \$) und ein halber Normalhaushalt (8264000 \$) für die Personal- und Sachausgaben in der Vorbereitungszeit bis zur Eröffnung des EPA zur Verfügung gestellt werden.
10	8 837 300	16 528 000	7 690 700	79 352 200	
11	9 873 250	16 528 000	6 654 750	86 006 950	
12	10 773 500	16 528 000	5 754 500	91 761 450	
13	11 518 550	16 528 000	5 009 450	96 770 900	
14	12 141 000	16 528 000	4 387 000	101 157 900	**) Mit dem 16. Jahr ist der Normalhaushalt erreicht.
15	12 523 500	16 528 000	4 004 500	105 162 400	
16	12 774 000	16 528 000	3 754 000**)	108 936 400	

- Sekretariat -

A N L A G E N 23 bis 29

zur Studie des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I über Grundlagen der Finanzplanung

für ein Europäisches Patentamt

Übersicht über die Anlagen der Kapitel VIII bis X

- Anlage 23: Versuch einer Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten
- Anlage 24: Versuch einer Berechnung der Einnahmen eines nationalen Patentamts an Jahresgebühren, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland
- Anlage 25: Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts unter Berücksichtigung eines Anteils von 75% an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente
- Anlage 26: Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen auf der Grundlage des Bruttosozialprodukts und der Häufigkeit der Benennung
- Anlage 27: Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen auf der Grundlage der "Patentintensität"
- Anlage 28: Vergleich der errechneten Beitragssätze
- Anlage 29: Einzahlungen und Rückerhalt von Beiträgen eines Mitgliedstaats für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit des Europäischen Patentamts, dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Versuch einer Schätzung der Häufigkeit der Benennung der Mitgliedstaaten

Mitgliedstaaten	Häufigkeit der Benennung durch eigene Staatsangehörige (Basis 1968)	Zahl der Auslandsanmeldungen 1968	Häufigkeit der Benennung durch Ausländer 80 % von Sp. 3	Häufigkeit der Benennung insgesamt (Basis 1968) Sp. 2 + 4	Häufigkeit der Benennung (Basis 40 000 europ. Anmeldungen) Sp. 5 erhöht um 11,2%
1	2	3	4	5	6
Dänemark	291	5 588	4 470	4 761	5 294
Spanien	150	9 388	7 510	7 660	8 518
Griechenland	6	1 208	966	972	1 081
Irland	18	1 427	1 142	1 160	1 290
Norwegen	97	4 262	3 410	3 507	3 900
Österreich	336	10 246	8 197	8 533	9 489
Portugal	16	1 304	1 043	1 059	1 178
Schweden	954	13 338	10 670	11 624	12 926
Schweiz	2 272	13 609	10 887	13 159	14 633
Türkei	5	545	436	441	490
Großbritannien	3 790	35 284	28 227	32 017	35 603
EWG-Staaten:	2a	3a	4a		
Belgien	471	8 510			
BR Deutschland	7 085	25 328			
Frankreich	2 777	23 337			
Italien	1 278	14 502			
Luxemburg	35	724			
Niederlande	1 032	9 879			
EWG-Staaten:	12 678 x 6 = 76 068	+	20 000 x 6 = 120 000	196 068	218 028

Summe der Benennungen: 312 430

durchschnittliche Zahl der Benennungen pro Anmeldung : 7,8

Versuch einer Berechnung der Einnahmen eines nationalen Patentamts an Jahresgebühren,
dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland

Patentjahr	Prozentsatz der auf- rechterhal- tenen Paten- te von ur- sprünglich 35 828 An- meldungen	Absolute Zahl der aufrecht- erahlte- nen Pa- tente	Deutsche Jahres- gebühr für das betreffen- de Patent- jahr DM	Gesamteinnahmen aus der Gebühr (Sp. 3 x Sp. 4) DM	Summe aller Ge- bühreneinnahmen (Sp. 5 addiert) DM	Umrechnung von Spalte 6 in US-Dollar \$	Gesamteinnahmen der Mitgliedsta- ten geschätzt a das Doppelte vo Spalte 7 \$
1	2	3	4	5	6	7	8
6	40	14 331	125	1 791 375	1 791 375	489 447	978 894
7	31,0	11 106	175	1 943 550	3 734 925	1 020 471	2 040 942
8	27,3	9 781	250	2 445 250	6 180 175	1 688 572	3 377 144
9	23,8	8 527	325	2 771 275	8 951 450	2 445 751	4 891 502
10	20,5	7 345	400	2 938 000	11 889 450	3 248 484	6 496 968
11	17,7	6 342	525	3 329 550	15 219 000	4 158 197	8 316 394
12	15,2	5 446	675	3 676 050	18 895 050	5 162 582	10 325 164
13	12,8	4 586	825	3 783 450	22 678 500	6 196 311	12 392 622
14	10,5	3 762	1 000	3 762 000	26 440 500	7 224 180	14 448 360
15	8,5	3 045	1 175	3 577 875	30 018 375	8 201 742	16 403 484
16	6,4	2 293	1 350	3 095 550	33 113 925	9 047 520	18 095 040
17	4,9	1 756	1 525	2 677 900	35 791 825	9 779 187	19 558 374
18	3,9	1 397	1 700	2 374 900	38 166 725	10 428 067	20 856 134
19	3,5	1 254	1 875	2 351 250	40 517 975	11 070 485	22 140 970
20	2,5	896	2 050	1 836 800	42 354 775	11 572 343	23 144 686

Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Patentamts (in US-Dollar)

unter Berücksichtigung eines Anteils von 75% an den Jahresgebühren für erteilte europäische Patente

- sofortige volle Eröffnung; ohne besondere Organe -

Jahr	Haushalts- defizit ohne Anteil Anlage 20 Sp.7	Anteil von 75 % aus Anlage 24 Sp. 8	Haushaltsergebnis mit Anteil - Defizit + Überschuß	Summe der Haushaltsergebnisse - Defizit + Überschuß
1	2	3	4	5
0	20 528 000	-	- 20 528 000	- 20 528 000
1	12 453 000	-	- 12 453 000	- 32 981 000
2	11 378 000	-	- 11 378 000	- 44 359 000
3	9 959 000	-	- 9 959 000	- 54 318 000
4	8 664 000	-	- 8 664 000	- 62 982 000
5	7 243 000	-	- 7 243 000	- 70 225 000
6	5 864 000	734 000	- 5 130 000	- 75 355 000
7	4 589 000	1 531 000	- 3 058 000	- 78 413 000
8	3 754 000	2 533 000	- 1 231 000	- 79 644 000
9	3 754 000	3 669 000	- 85 000	- 79 729 000
10	3 754 000	4 873 000	+ 1 119 000	- 78 610 000

Jahr	Haushalts- defizit ohne Anteil Anlage 20 Sp.7	Anteil von 75 % aus Anlage 24 Sp.8	Haushaltsergebnis mit Anteil - Defizit + Überschuß	Summe der Haushaltsergebnisse - Defizit + Überschuß
1	2	3	4	5
11	3 754 000	6 237 000	+ 2 483 000	- 76 127 000
12	3 754 000	7 744 000	+ 3 990 000	- 72 137 000
13	3 754 000	9 294 000	+ 5 540 000	- 66 597 000
14	3 754 000	10 836 000	+ 7 082 000	- 59 515 000
15	3 754 000	12 302 000	+ 8 548 000	- 50 967 000
16	3 754 000	13 571 000	+ 9 817 000	- 41 150 000
17	3 754 000	14 669 000	+ 10 915 000	- 30 235 000
18	3 754 000	15 642 000	+ 11 888 000	- 18 347 000
19	3 754 000	16 606 000	+ 12 852 000	- 5 495 000
20	3 754 000	17 359 000	+ 13 605 000	+ 8 110 000

Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen
auf der Grundlage des Bruttosozialprodukts (I.) und der Häufigkeit der Benennung (II.)

Mitglied- staaten	I. <u>nach Bruttosozialprodukt</u> (BSP)			II. <u>nach Häufigkeit der Benennung</u>		Bemerkungen
	BSP ¹⁾ 1967 Landeswäh- rung in Milliarden	in Milliarden \$	Beitrags- quote %	Zahlen aus Anlage 23 Spalte 6	Beitrags- quote %	
1	2	3	4	5	6	7
Dänemark	84,3 dkr	11,2	2,03	5 294	1,69	1) Die Zahlen sind dem "Statistischen Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1969", Seite 129, entnommen. Sie beruhen auf An- gaben der OECD.
Spanien	1616,5 Ptas	23,1	4,18	8 518	2,73	
Griechenland	213,4 Dr	7,1	1,29	1 081	0,34	
Irland	1,1 £	2,7	0,49	1 290	0,41	
Norwegen	59,5 nkr	8,3	1,50	3 900	1,25	
Österreich	276,5 S	10,6	1,92	9 489	3,04	
Portugal	132,8 Esc	4,6	0,83	1 178	0,38	
Schweden	123,8 skr	23,9	4,33	12 926	4,14	
Schweiz	68,9 Fr	15,8	2,86	14 633	4,68	
Türkei	95,4 £	10,6	1,92	490	0,16	
Großbritannien	39,6 £	95,0	17,21	35 603	11,40	
EWG-Staaten:						
Belgien	977,1 bfrs	19,5	3,53			
Bundesrepublik Deutschland	485,1 DM	132,5	24,00			
Frankreich	537,7 F	96,8	17,53			
Italien	41849,0 Lire	67,0	12,14			
Luxemburg	36,1 lfrs	0,7	0,13			
Niederlande	82,3 hfl	22,7	4,11			
EWG-Staaten		339,2	61,44	218 028	69,78	
		552,1	100 %	312 430	100 %	

Versuch einer Errechnung von Beitragssätzen
auf der Grundlage der "Patentintensität",

d.h. der Zahlen der Inlands-, Auslands-, Gesamtanmeldezahl und der Patenterteilungen
des Jahres 1968, entnommen den BIRPI-Statistiken des Jahres 1969 Tabelle "Patente" I a

Mitgliedstaaten	P a t e n t a n m e l d u n g e n						Patenterteilungen	
	Inland	%	Ausland	%	Gesamt	%	Gesamt	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Dänemark	827	0,75	5 588	2,51	6 415	1,92	1 987	0,89
Spanien	3 792	3,44	9 388	4,21	13 180	3,96	9 585	4,31
Griechenland	1 323	1,20	1 208	0,54	2 531	0,76	2 481	1,11
Irland	168	0,15	1 427	0,64	1 595	0,48	760	0,34
Norwegen	987	0,89	4 262	1,91	5 249	1,58	1 635	0,73
Österreich	2 486	2,25	10 246	4,60	12 732	3,82	9 160	4,12
Portugal	95	0,09	1 304	0,58	1 399	0,42	1 149	0,52
Schweden	4 742	4,30	13 338	5,99	18 080	5,43	8 430	3,79
Schweiz	5 928	5,37	13 609	6,11	19 537	5,86	17 450	7,85
Türkei	87	0,08	545	0,24	632	0,19	470	0,21
Großbritannien	26 711	24,21	35 284	15,84	61 995	18,61	43 038	19,35
EWG-Staaten:								
Belgien	1 466	1,33	16 068	7,21	17 534	5,26	17 456	7,85
Bundesrepublik Deutschland	34 005	30,82	31 417	14,10	65 422	19,64	21 169	9,52
Frankreich	17 561	15,91	36 095	16,20	53 656	16,11	47 990	21,58
Italien	7 604	6,89	24 152	10,84	31 756	9,53	35 247	15,85
Luxemburg	81	0,07	2 463	1,11	2 544	0,76	2 100	0,94
Niederlande	2 477	2,25	16 420	7,37	18 897	5,67	2 324	1,04
EWG insgesamt	63 194	57,27	126 615	56,83	189 809	56,97	126 286	56,78
Mitgliedstaaten insgesamt	110 340	100 %	222 814	100 %	333 154	100 %	222 431	100 %

Mitgliedstaaten	I. nach Bruttosozial- produkt Anlage 26 Sp. 4	II. nach Häufigkeit der Benennung Anlage 26 Sp. 6	III. nach Zahl der Patentanmeldungen Anlage 27			IV. nach Zahl der Patenter- teilungen Anlage 27 Sp. 9
			Sp. 3 Inland	Sp. 5 Ausland	Sp. 7 Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7
Dänemark	2,03	1,69	0,75	2,51	1,92	0,89
Spanien	4,18	2,73	3,44	4,21	3,96	4,31
Griechenland	1,29	0,34	1,20	0,54	0,76	1,11
Irland	0,49	0,41	0,15	0,64	0,48	0,34
Norwegen	1,50	1,25	0,89	1,91	1,58	0,73
Österreich	1,92	3,04	2,25	4,60	3,82	4,12
Portugal	0,83	0,38	0,09	0,58	0,42	0,52
Schweden	4,33	4,14	4,30	5,99	5,43	3,79
Schweiz	2,86	4,68	5,37	6,11	5,86	7,85
Türkei	1,92	0,16	0,08	0,24	0,19	0,21
Großbritannien	17,21	11,40	24,21	15,84	18,61	19,35
EWG-Staaten:						
Belgien	3,53		1,33	7,21	5,26	7,85
Bundesrepublik Deutschland	24,00		30,82	14,10	19,64	9,52
Frankreich	17,53		15,91	16,20	16,11	21,58
Italien	12,14		6,89	10,84	9,53	15,85
Luxemburg	0,13		0,07	1,11	0,76	0,94
Niederlande	4,11		2,25	7,37	5,67	1,04
EWG insgesamt	61,44	69,78	57,27	56,83	56,97	56,78
Mitgliedstaaten insgesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Einzahlungen und Rückerhalt von Beiträgen eines Mitgliedstaats

für die Kosten der Aufbau- und Anlaufzeit des Europäischen Patentamts,

dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland unter Zugrundelegung eines Beitrags-
schlüssels nach der Zahl der Gesamt-Patentanmeldungen (Anlage 28 Spalte 3) von 19, 64 %

- sofortige volle Eröffnung; ohne besondere Organe -

Jahr	E i n z a h l u n g e n 19,64 % der Zahlen aus Anlage 25 Spalte 4		Jahr	R ü c k e r h a l t 19,64 % der Zahlen aus Anlage 25 Spalte 4	
	in US-Dollar	in DM		in US-Dollar	in DM
1	2	3	4	5	6
0	4 031 699	14 756 018	10	219 772	804 366
1	2 445 769	8 951 515	11	487 661	1 784 839
2	2 234 639	8 178 779	12	783 636	2 868 108
3	1 955 948	7 158 770	13	1 088 056	3 982 285
4	1 701 610	6 227 893	14	1 390 905	5 090 712
5	1 422 525	5 206 442	15	1 678 827	6 144 507
6	1 007 532	3 687 567	16	1 928 059	7 056 696
7	600 591	2 198 163	17	2 143 706	7 845 964
8	241 768	884 871	18	2 334 803	8 545 379
9	16 694	61 100	19	2 524 133	9 238 327
			20	2 672 022	9 779 601
		57 311 118		17 251 580	63 140 784